



Übers Klima reden

Klimapolitik für Fortgeschrittene

Begleitheft zur Veranstaltungsreihe
in der Stadtbibliothek Brixen - Herbst 2026



Politische Bildung und Studien in Südtirol

Centro sudtirolese di formazione e studi politici
 Zenter de stude y de formazion politica dl Südtirol
 South Tyrol's Center for Political Studies and Civic Education

Impressum

Übers Klima reden – Klimapolitik für Fortgeschrittene

POLITiS-Begleitheft zur Veranstaltungsreihe „Klimapolitik für Fortgeschrittene“ in Brixen 2026

Autor der nicht gekennzeichneten Beiträge: Thomas Benedikter

Covergestaltung: Hanna Battisti

Herausgeber: POLITiS - Politische Bildung und Studien in Südtirol

Weinstr. 60 - I-39057 Frangart (Eppan)

Tel. +39 324 5810427

info@politis.it

www.politis.it

Eppan, September 2026

Diese Textsammlung ist anlässlich der Veranstaltungsreihe „Übers Klima reden – Klimapolitik für Fortgeschrittene“ von POLITiS in Zusammenarbeit mit den Oldies for Future, dem Freitagsalon Brixen und der Stadtbibliothek Brixen entstanden. Wir danken allen Mitwirkenden für Beiträge und Unterstützung und dem Land Südtirol (Amt für Weiterbildung) für die Förderung.



Die von POLITiS genutzte Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 legt fest, dass die Vervielfältigung und Verbreitung nur dann erlaubt wird, wenn der Name der Autorin bzw. des Autors genannt wird, wenn die Verbreitung nicht für kommerzielle Zwecke erfolgt und wenn keine Bearbeitung, Abwandlung oder Veränderung erfolgt.

Die in den POLITiS-Expertisen vertretenen Positionen decken sich nicht unbedingt mit jenen des Vereins als solchem.

Der Verein POLITiS "....verfolgt erzieherische und wissenschaftliche Zwecke aufbauend auf den Grundsätzen der Solidarität und den Grundwerten der Demokratie...Insbesondere fördert der Verein zukunftsfähige Ansätze der demokratischen Partizipation, solidarischer Wirtschaftsformen, sowie der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit."

Art. 2 des Vereinsstatuts

Übers Klima reden

Klimapolitik für Fortgeschrittene

Inhalt

	<i>Einführung: droht der Klimaschutz zu scheitern?.....</i>	<i>4</i>
1	Die Entkopplung der Treibhausgasemissionen vom Wirtschaftswachstum.....	5
2	Alternative Ansätze für eine Wirtschaft ohne Wachstum.....	10
3	Die Kunst der Ausrede – Ein Ausflug in die Klimapsychologie.....	23
4	Zur Kritik der Grünen Ökonomie.....	31
5	Eine Politik der Suffizienz: Konsum innerhalb der planetaren Grenzen.....	36
6	Jens Beckert: Verkaufte Zukunft.....	43
7	Klimaschutz und Energiewende in Südtirol – Ein Überblick.....	46
8	Muss Südtirols Wirtschaft permanent wachsen?.....	53
	<i>Literatur.....</i>	<i>54</i>

Einführung

Droht der Klimaschutz zu scheitern und warum?

Die Hitzewellen im Mai, Juni und Juli 2026 waren nichts anderes als das neue Normal beim Wettergeschehen. Der Klimawandel ist längst im Alltag angekommen: allein in Europa tausende direkte Todesopfer der Hitze, weltweit unzählige indirekte Opfer aufgrund der Klimawandelfolgen, Milliarden Euro an materiellen Schäden und unerträgliche Lebensbedingungen für Millionen von Menschen. Der Ernst der Lage ist seit der UN-Konferenz von 1992 in Rio de Janeiro bekannt, die Wege zur Bewältigung der Klimakrise sind längst bis ins Detail vorgezeichnet. Wir hätten die Ressourcen zum Ausstieg aus der fossilen Energie, und doch steigen die weltweiten CO₂-Emissionen immer noch an, anscheinend auch in Südtirol. Diagnose und Therapie scheinen geklärt, doch wo bleibt das politische Handeln?

Seit mindestens 10 Jahren (Pariser Klimakonvention 2015) scheint den allermeisten Akteuren – gleich ob Regierungen, Unternehmen oder Bürger und Bürgerinnen – klar zu sein, dass die Erderhitzung irgendwie gestoppt werden muss. Doch die Trägheit des Systems ist nicht zu unterschätzen. Zahlreiche Sachzwänge einer auf Wachstum gepolten Wirtschaft werden als Vorwand für die Unterlassung wirksamer Klimaschutzmaßnahmen vorgeschoben. Und ganz akute Probleme wie die Friedenssicherung, Zollkämpfe, globaler Wettbewerb, der kriselnde Sozialstaat und vieles mehr drängen den Klimaschutz als politischen Imperativ in den Hintergrund. Droht die Klimapolitik zu scheitern? Geht die Energiewende viel zu langsam? Welche systemischen Zwänge halten uns auf alten politischen Gleisen gefangen? Welche vielversprechenden neuen Reformansätze gälte es zu prüfen und zu beherzigen? Welche lieb gewonnenen Denk- und Verhaltensweisen gälte es zu hinterfragen?

In sieben Treffen gehen wir im Herbst 2026 in der Stadtbibliothek Brixen auf sieben zentrale und aktuelle Fragen der Klimapolitik und der zukünftigen Entwicklung des Klimaschutzes näher ein. Die Veranstaltung wird von POLITiS (www.politis.it) mit dem Kooperationspartner „Oldies for Future“ und dem Freitagsalon Brixen organisiert und von der Stadtbibliothek Brixen mitgetragen.

Mit dieser 7-teiligen Veranstaltungsreihe wird ein Raum geboten werden, um zentrale Themen der Klimapolitik im überschaubaren Kreis zu diskutieren. Jedes Treffen wird mit einer 45-Minuten-Präsentation eingeführt, die zweite Hälfte gehört dem Gespräch in der Gruppe. Zur Begleitung der Veranstaltung sind in der Folge einige kürzere Beiträge zu den jeweiligen Seminarthemen versammelt, während die Literaturempfehlungen am Ende den Weg zu vertiefender Literatur weisen.

POLITiS und die Kooperationspartner verbinden mit dieser Veranstaltungsreihe die Hoffnung, damit das kritische Verständnis der realen Klimapolitik fördern, so wie diese heute global, auf europäischer und Südtiroler Ebene betrieben wird. Gleichzeitig wollen wir auch Perspektiven auf konsequente Wege zur Klimaneutralität in unserer Wirtschaft und Gesellschaft öffnen und gemeinsam überlegen, wie wir die Klimakrise trotz aller Widrigkeiten bewältigen können.

Thomas Benedikter, Koordinator der Veranstaltungsreihe

Eppan, September 2026

1. Die Entkopplung der Treibhausgasemissionen vom Wirtschaftswachstum

Können Ressourcenverbrauch und Treibhausgasemissionen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden? Können Wachstum und Klimaschutz Hand in Hand gehen? Die Senkung der CO₂-Emissionen in einigen Industrieländern und vor allem in der EU scheint darauf hinzudeuten.

Ist die Möglichkeit der Entkopplung der CO₂-Emissionen vom Wachstum ein Märchen?

Seit der Industriellen Revolution hat die Nutzung fossiler Brennstoffe zur Energieerzeugung ein beispielloses globales Wirtschaftswachstum ermöglicht. Mit dem Wohlstand sind jedoch auch die Emissionen und die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre gestiegen – und damit hat die vom Menschen verursachte Erwärmung der Erde begonnen.

Damit die Kurve des BIP (Bruttoinlandsprodukts) weiter ansteigt und gleichzeitig die globalen Temperaturen auf dem in den internationalen Klimaabkommen vereinbarten Niveau stabilisiert werden können – der einzige Weg, um den Klimawandel zu kontrollieren und seine Folgen einzudämmen –, lautet das Schlagwort „Entkopplung“.

Was bedeutet Entkopplung? Im Allgemeinen bezeichnet der Begriff Entkopplung (*decoupling*) eine Situation, in der zwei oder mehrere Entwicklungen voneinander getrennt werden oder sich nicht im gleichen Maß entwickeln ([Cambridge Dictionary](#)). Im weiteren umweltpolitischen Sinne bezeichnet der Begriff die Aufhebung des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschäden bzw. Umweltbelastungen ([Europäisches Parlament](#)).

Es gibt viele mögliche Umweltbelastungen, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbunden sind – von der Ausbeutung natürlicher Ressourcen über den Verlust der Biodiversität bis hin zur Flächennutzung. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel besteht die Umweltbelastung, die von der wirtschaftlichen Entwicklung entkoppelt werden soll, in den Treibhausgasemissionen, insbesondere in den CO₂-Emissionen, dem wichtigsten für den Treibhauseffekt verantwortlichen Gas.

Im Kontext des Klimawandels wird Entkopplung daher vom IPCC (Weltklimarat oder [Intergovernmental Panel on Climate Change](#)) als der Punkt definiert, an dem das Wirtschaftswachstum nicht mehr eng mit dem Verbrauch fossiler Brennstoffe verbunden ist, die die wichtigste Quelle von CO₂ darstellen.

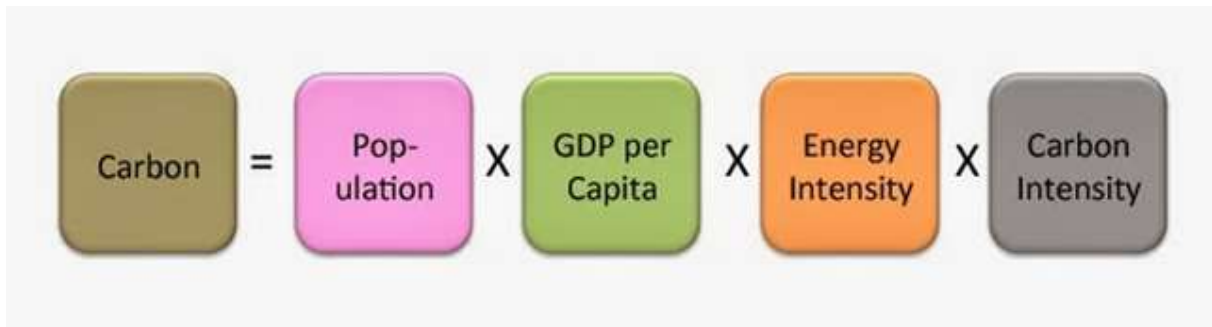
Dabei wird zwischen relativer und absoluter Entkopplung unterschieden. Eine relative Entkopplung liegt vor, wenn sowohl die Wirtschaft wächst als auch der Verbrauch fossiler Brennstoffe weiter zunimmt, jedoch mit unterschiedlichen Wachstumsraten: Das Wirtschaftswachstum ist dabei stärker als das Wachstum des Verbrauchs fossiler Brennstoffe. Eine absolute Entkopplung liegt hingegen vor, wenn die Wirtschaft weiter wächst, während der Verbrauch fossiler Brennstoffe – und damit auch die Emissionen – zurückgeht.

Das Wirtschaftswachstum von den Treibhausgasemissionen entkoppeln

„Ein Schlüsselkonzept, um zu verstehen, was Entkopplung bedeutet und wie es erreicht werden kann, ist die Kaya-Identität“, erklärt Lorenza Campagnolo, Forscherin an der [Fondazione CMCC](#) und an der Universität Ca' Foscari Venedig sowie Expertin für die ökonomische Bewertung der Auswirkungen des Klimawandels und von Klimaschutzmaßnahmen.

„Die Kaya-Identität beschreibt die vier Faktoren, die das Niveau bzw. das Wachstum der gesamten Treibhausgasemissionen bestimmen: die Bevölkerung, das BIP pro Kopf, die Energieintensität (die pro BIP-Einheit eingesetzte Energie) und die Kohlenstoffintensität (die Emissionen pro Einheit verbrauchter Energie).“

Eine Entkopplung beobachten wir eindeutig dann, wenn das BIP – das durch die ersten beiden Faktoren der Kaya-Identität bestimmt wird – wächst, während die gesamten Treibhausgasemissionen konstant bleiben oder zurückgehen. Dies ist möglich, wenn die beiden letzten Faktoren der Kaya-Identität – also die Energieintensität und die Kohlenstoffintensität – abnehmen.“



Kaya Identität. Quelle: <http://stochastictrend.blogspot.com/2014/05/the-global-kaya-identity.html>

Das wichtigste Instrument zur Verringerung der Energieintensität und der Kohlenstoffintensität sind Klimaschutzmaßnahmen, die so ausgestaltet werden können, dass sie die Volkswirtschaften weltweit durch Anreize und Regulierungen dazu bewegen, auf Energiequellen mit geringerer Kohlenstoffintensität – und langfristig auf Energiequellen mit null Emissionen – umzusteigen.

„Minderungspolitikern spielen eine Schlüsselrolle bei der Energieintensität, indem sie die Steigerung der Energieeffizienz in der Produktion fördern und Verhaltensänderungen auf der Nachfrageseite anstoßen“, fährt Dr. Campagnolo fort. „Politische Maßnahmen sind auch entscheidend, wenn es darum geht, strukturelle Veränderungen bei der Kohlenstoffintensität herbeizuführen. Sie fördern den Übergang von kohlenstoffintensiven Energiequellen zu Energiequellen mit geringem oder keinem Kohlenstoffgehalt (Wasserkraft, Kernenergie, Windkraft, Solarenergie, Biomasse).“

An welchem Punkt stehen wir?

Das globale Wirtschaftswachstum nimmt schneller zu als die CO₂-Emissionen: Laut dem Global Carbon Project mindestens doppelt so schnell wie in den vergangenen 20 Jahren. Das bedeutet, dass es auf globaler Ebene in den letzten 20 Jahren weiterhin zu einer relativen Entkopplung gekommen ist.

Doch laut dem Beitrag der dritten Arbeitsgruppe zum Sechsten Sachstandsbericht des IPCC, der im April 2022 veröffentlicht wurde, ist umstritten, ob eine absolute Entkopplung auf globaler Ebene erreicht werden kann.

Tatsächlich konnten wir im Zeitraum 2014–2016 eine absolute Entkopplung der globalen CO₂-Emissionen vom Wirtschaftswachstum beobachten: Die Emissionen stabilisierten sich, während die Weltwirtschaft weiter wuchs. Dies war das Ergebnis von Verbesserungen bei der Energieeffizienz, der zunehmenden Nutzung erneuerbarer Energien und des rückläufigen Kohleverbrauchs. Es handelte sich jedoch um ein vorübergehendes Phänomen. „Es wäre ein längerer Datentrend erforderlich, bevor wir eine stabile Entkopplung feststellen könnten“, schrieb der IPCC bereits 2018 in seinem [Sonderbericht „Globale Erwärmung um 1,5 °C“](#).

Tatsächlich hat sich die Situation seither bereits verändert. Nach dem starken Rückgang der globalen CO₂-Emissionen infolge der Lockdown-Maßnahmen während der COVID-19-Pandemie stiegen die Emissionen 2021 wieder deutlich an. Dies geht aus Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA)

hervor. Ursache war unter anderem die starke Abhängigkeit der Volkswirtschaften weltweit von Kohle, um die wirtschaftliche Erholung anzutreiben

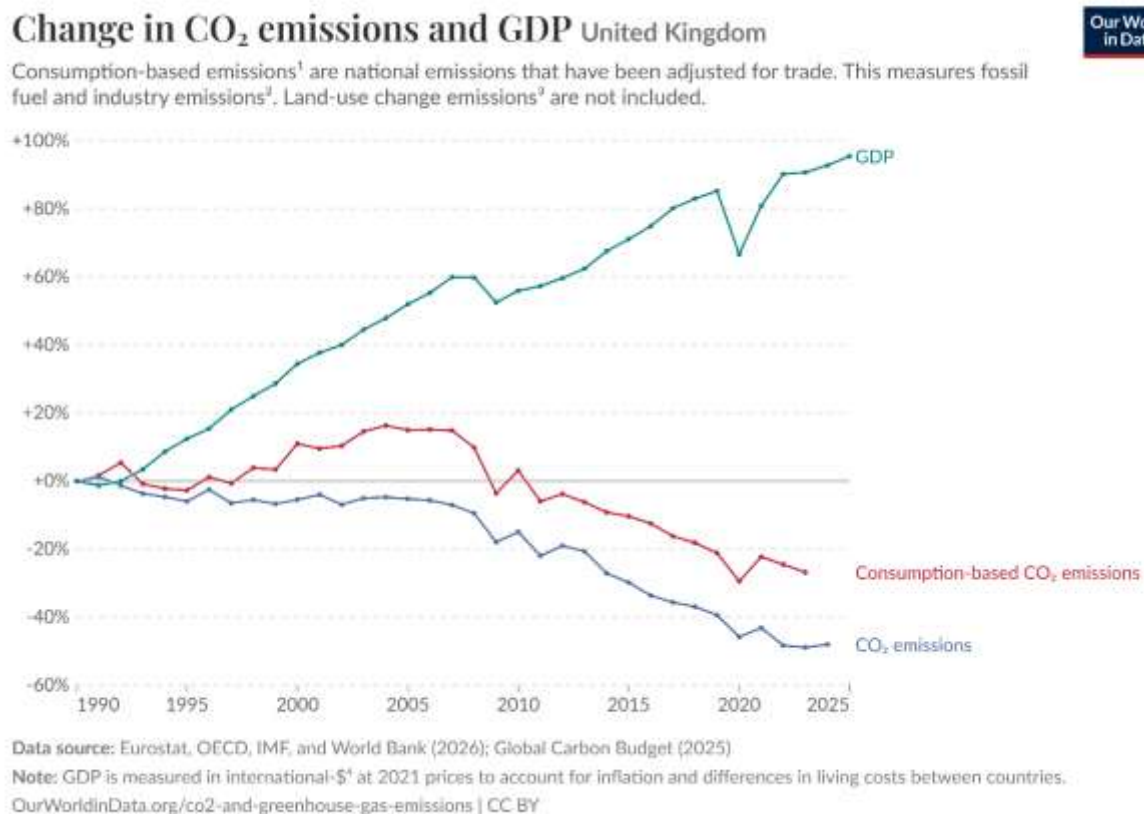
„Die Emissionen sind gestiegen und liegen inzwischen bereits über dem Niveau vor COVID: Weltweit sind sie 0,6 % höher als 2019“, erklärt Johannes Emmerling, Co-Leiter der Einheit *Low Carbon Pathways* am RFF-CMCC – [European Institute on Economics and the Environment](#) (EIEE). „Und in diesem Jahr könnten sie sogar stärker wachsen als das BIP. Wir sehen beispielsweise, dass Kohle im Stromsektor Gas ersetzt oder in Deutschland aufgrund der hohen Preise, die zu den Folgen des Krieges in der Ukraine gehören, die Windenergie als wichtigste Quelle der Stromerzeugung überholt.“

„Entkopplung ist nichts, was einmal geschieht und dann abgehakt werden kann“, betont Dr. Emmerling. Es ist notwendig, die Wirtschaft weiter zu dekarbonisieren, und die Entwicklung kann sich leicht wieder umkehren, sobald Maßnahmen zur Emissionsminderung abgeschwächt oder eingestellt werden.

Nationale Entkopplung

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Länder auf nationaler Ebene eine absolute Entkopplung erreicht. Diese Länder waren es auch, die maßgeblich zur zeitweise beobachteten absoluten Entkopplung auf globaler Ebene in den Jahren 2014–2016 beigetragen haben. Bei den Ländern, denen es gelungen ist, ihr Wirtschaftswachstum von den Emissionen zu entkoppeln, handelt es sich überwiegend um relativ wohlhabende Staaten, die fossile Brennstoffe zumindest teilweise durch emissionsarme Energiequellen ersetzen konnten

Grafik 1 - Die Entwicklung der CO₂-Emissionen (gesamt und konsumbedingt) im Vereinigten Königreich und das BIP



Quelle: <https://ourworldindata.org/grapher/co2-emissions-and-gdp?time=1990..latest&country=~GBR>

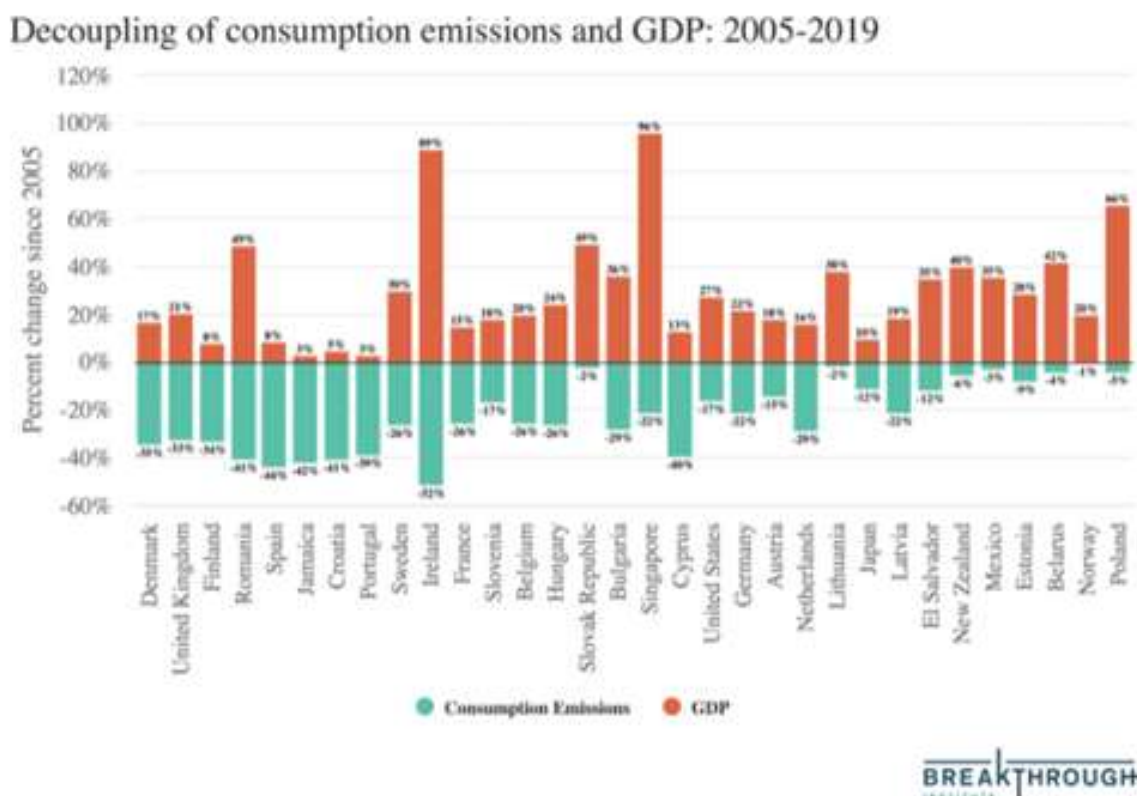
„Es ist nicht einfach festzustellen, ob es einem Land gelungen ist, Wirtschaftswachstum und Emissionen voneinander zu entkoppeln. Das hängt von der verwendeten Messmethode ab“, erklärt Emmerling. „Zum Beispiel besteht ein großer Unterschied zwischen einer verbrauchs-basierten und einer produktionsbasierten Erfassung der Emissionen.“

Bei einer produktionsbasierten Betrachtung werden die Emissionen dem Land zugerechnet, in dem sie entstehen. Ein Land könnte daher zahlreiche Waren aus China oder anderen großen Emittenten importieren und den Eindruck erwecken, selbst keine oder sogar weniger Emissionen zu verursachen, während es diese Waren weiterhin konsumiert – sie werden lediglich importiert. Wenn wir die Emissionen hingegen verbrauchs-basiert erfassen, verändert sich das Bild.“

Bei der letztgenannten Betrachtungsweise werden die Emissionen dem Land zugerechnet, in dem die Waren konsumiert werden, das tatsächlich ein anderes Land sein kann als dasjenige, in dem sie produziert wurden.

Den Unterschied zwischen den beiden Erfassungssystemen bestätigt auch eine kürzlich veröffentlichte Studie. Sie zeigt, dass von den 116 untersuchten Ländern bei einer produktionsbasierten Betrachtung 32 Länder – vor allem Industrieländer – im Zeitraum 2015–2018 eine absolute Entkopplung erreicht hatten. Bei einer verbrauchs-basierten Betrachtung sinkt diese Zahl hingegen auf 23 Länder.

Grafik 2 - Konsumbedingte Treibhausgasemissionen und Änderungen des BIP in den Ländern mit absoluter Entkopplung zwischen 2005 und 2019



Quelle: thebreakthrough.org

„Länder mit einer absoluten Entkopplung der verbrauchs-basierten Emissionen erreichen diese Entkopplung tendenziell auf einem relativ hohen Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung und bei hohen Pro-Kopf-Emissionen“, heißt es in Kapitel 2.3.3 des jüngsten IPCC-Berichts. „Die meisten Länder der EU und Nordamerikas gehören zu dieser Gruppe. Sie haben die Entkopplung nicht allein durch die Verlagerung emissionsintensiver Produktionsaktivitäten ins Ausland erreicht, sondern auch durch eine

Verbesserung der Produktionseffizienz und des Energiemixes, die zu einem Rückgang der Emissionen geführt haben.“

Entkopplung und alternative Szenarien

Solange wir davon ausgehen, dass Wirtschaft und Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten weiter wachsen werden, ist eine absolute Entkopplung unerlässlich, um die Klimaneutralität zu erreichen. Diese wiederum ist notwendig, um die globale Erwärmung auf das im Pariser Abkommen vereinbarte Niveau zu begrenzen.

In jedem Fall, so warnt der IPCC, reicht eine absolute Entkopplung nicht aus, um das verbleibende CO₂-Budget zu bewahren, das erforderlich ist, um die Erwärmung auf 1,5 °C oder 2 °C zu begrenzen. Denn auch wenn eine absolute Entkopplung die jährlichen Emissionen reduziert, tragen die verbleibenden Emissionen weiterhin zum Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre bei. Folglich wäre selbst dann, wenn es allen Ländern gelänge, eine absolute Entkopplung zu erreichen, diese nur einer von mehreren Indikatoren und Schritten auf dem Weg zur vollständigen Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Außerdem könnte sich die Ausgangsannahme verändern. Wenn das Ziel nicht darin bestünde, das BIP zu maximieren, sondern das individuelle Wohlbefinden zu steigern, das nicht nur von wirtschaftlichen Faktoren, sondern auch von sozialen, institutionellen und ökologischen Aspekten abhängt, müssten wir uns fragen, ob wir tatsächlich glücklicher werden, wenn das BIP weiter wächst – und was dies langfristig bedeutet.

„Eine kleine Forschungsgemeinschaft beschäftigt sich mit diesen Fragen und versucht, den besten Weg zu einer nachhaltigen Zukunft zu finden, indem sie Szenarien des Wachstumsrückgangs (*degrowth*) untersucht, die eine Zukunft beschreiben, in der die wirtschaftliche Produktion zurückgeht“, ergänzt Emmerling. „In gewisser Hinsicht ist diese Perspektive im Hinblick auf die Eindämmung des Klimawandels optimistisch: Wenn man annimmt – oder hofft –, dass sich das Wirtschaftswachstum langfristig verlangsamt oder sogar negativ wird, kann man mit einem geringeren notwendigen Rückgang der Emissionen rechnen. Denn bei einer starken Wirtschaft müssen wir wesentlich mehr tun, um die Emissionsintensität auf null zu senken oder sogar negative Emissionen zu erreichen.“

Zum ersten Mal sprach der IPCC in seinem im Februar 2022 veröffentlichten Bericht der zweiten Arbeitsgruppe „Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit“ über Degrowth. Dabei bezeichnete er Degrowth als eine Denkschule, die dem Konzept der Entkopplung skeptisch gegenübersteht, als alternative Perspektive auf Entwicklung (bezeichnet als Postwachstum) und als Strategie für Nachhaltigkeit.

Quelle: [Decoupling \(delle emissioni dalla crescita economica\) - IPCC - Focal Point Italia \(cmcc.it\)](https://cmcc.it/decoupling-delle-emissioni-dalla-crescita-economica)

2. Alternative Ansätze für eine Wirtschaft ohne Wachstum

1. Serge Latouche: das Postwachstum als „Befreiung von der Wachstumsabhängigkeit“

Der französische Philosoph Serge Latouche ist nicht nur Frankreichs bekanntester Kritiker des Wachstums, sondern auch ein leidenschaftlicher und prominenter Botschafter der Degrowth-Bewegung als einer Form des geselligen, gemeinschaftlichen und ökologisch nachhaltigen Zusammenlebens. Latouche glaubt an die kreativen Möglichkeiten der Kultur, an fruchtbare Wechselwirkungen zwischen politischen und kulturellen Ideen auf der einen Seite und praktischen Initiativen auf der anderen, um gesellschaftlichen und politischen Wandel voranzutreiben.

Wenn es uns gelingt, eine positive Dynamik miteinander verbundener Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen, können wir den Teufelskreis aus Wirtschaftswachstum und grenzenlosem Wettbewerb durchbrechen, sagt Latouche. Dies würde den Boden für eine radikale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bereiten.

Latouche legt nicht im Einzelnen fest, wie diese Veränderungen konkret aussehen sollen, gerade weil davon ausgegangen wird, dass es sich um einen Prozess von unten handelt, an dem viele unterschiedliche Gruppen beteiligt sind. Eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg ist jedoch das, was er die „Entkolonialisierung des Vorstellungsvermögens“ (*décolonisation de l'imaginaire*) nennt.

Wie eine Sucht ist das „Wachstumsdenken“ tief in unser kollektives Vorstellungsvermögen eingedrungen und durchdringt alle Bereiche des Lebens. Die Reduzierung des Wirtschaftswachstums fällt leichter, wenn wir erkennen, dass der derzeit wichtigste Wachstumsindikator, das BIP, sowohl den Nutzen als auch die Schäden und negativen Auswirkungen erfasst: „Wenn man versucht, die Verringerung der Wachstumsrate unter Berücksichtigung der Umweltschäden und ihrer Folgen für unser Natur- und Kulturerbe zu messen, kommt man im Allgemeinen zu einem Nullwachstum oder sogar zu einem negativen Wachstum. Im Jahr 1991 gaben die Vereinigten Staaten 115 Milliarden US-Dollar, also 2,1 % des BIP, für den Umweltschutz aus. Der *Clean Air Act* erhöhte diese Kosten um 45 bis 55 Millionen US-Dollar pro Jahr. [...]

Das *World Resources Institute* hat versucht, die Wachstumsrate unter Berücksichtigung der Belastung des weltweiten Naturkapitals und mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung zu messen. Für Indonesien kam es zu dem Ergebnis, dass sich die Wachstumsrate zwischen 1971 und 1984 von 7,1 auf 4 % pro Jahr verringert hätte, und zwar unter Berücksichtigung von lediglich drei Faktoren: Entwaldung, Rückgang der Erdöl- und Erdgasreserven sowie Bodendegradation und Erosion.“ (Serge Latouche, nach: www.wikipedia.org/Latouche)

Daher müssen wir uns von der allgegenwärtigen, auf dem BIP basierenden Wachstumslogik befreien. Dazu müssen wir zunächst die Mechanismen der Abhängigkeit erkennen, die uns im Griff halten. Im Jahr 2006 formulierte Latouche ein politisches Programm mit 10 Schritten für einen demokratischen ökosozialen Weg:

1. Die Wirtschaft auf einen ökologischen Fußabdruck zurückführen, der nicht größer ist als die Fläche unseres Planeten.
2. Die durch den Verkehr verursachten Umweltschäden in den Preisen sichtbar machen.
3. Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion lokal neu organisieren.
4. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft stärken und wiederbeleben.
5. Die Produktivitätssteigerungen der Arbeit in eine Verkürzung der Arbeitszeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen umwandeln.
6. Die Produktion sogenannter „Beziehungsgüter“ wie Wissen oder Freundschaft fördern.

7. Verschwendung reduzieren.
8. Werbeausgaben sanktionieren und besteuern.
9. Wissenschaftliche und technische Innovation durch ein Moratorium begrenzen.
10. Bank- und Finanztransaktionen regulieren oder stark besteuern und regionale Währungen fördern.

Latouche fasste diese Leitprinzipien im berühmten „8-R-Programm“ zusammen, das aus acht französischen Verben besteht, die jeweils mit R beginnen: neu bewerten, neu konzipieren, neu strukturieren, neu verteilen, relocalisieren, reduzieren, wiederverwenden, rezyklieren.

Viele dieser Maßnahmen und Praktiken, etwa das Recycling, sind nicht neu. Neu ist jedoch der übergeordnete Rahmen, in dem sie stattfinden, sowie das Zusammenspiel aller Ziele in einem umfassenden Konzept. Latouches Projekt eines gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels kann langfristig nicht ohne einen radikalen kulturellen Wandel der Gesellschaft verwirklicht werden. So müsse beispielsweise die durchschnittliche Arbeitszeit deutlich verkürzt und der Wettbewerb auf den Märkten durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens minimiert werden. Auch die gesetzliche Festlegung eines Höchsteinkommens könnte dazu beitragen, die Dominanz der Wachstumslogik einzudämmen.

Die wirtschaftlichen Prozesse sollten relocalisiert und regionalisiert werden, indem lokale Netzwerke und Projekte der Selbstverwaltung (Kreislaufwirtschaft) gefördert werden. Denn ein starkes lokales Netzwerk würde über Mechanismen verfügen, um die endlose Spirale des Wettbewerbs zwischen Individuen, Unternehmen und Regionen zu kontrollieren und ihr entgegenzuwirken.

Latouche möchte, dass das Programm der „Acht R“ nicht als politische Agenda verstanden wird, sondern vielmehr als ein utopisches Gesellschaftsprojekt. Die Degrowth-Bewegung verwirklicht sich nicht durch die Machtübernahme einer Avantgardegruppe oder allein durch eine staatlich koordinierte Neuausrichtung, sondern durch eine Vielzahl gesellschaftlicher Projekte, die eine von der Wirtschaft autonome Gesellschaft gestalten sollen

2. Niko Paech: eine Ökonomie auf Grundlage von mehr Selbstversorgung und einem geringeren Stoffdurchsatz

In der deutschsprachigen kritischen Wachstumsdebatte sticht der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Niko Paech mit seinem radikal wachstumskritischen Ansatz hervor (z. B. in: *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie.*, München 2012). Ausgehend von einer Analyse der strukturellen und kulturellen Faktoren, die das Wachstum bestimmen, entwirft Paech das Konzept einer Postwachstumsökonomie.

- a) Der Wohlstand, der durch das Wachstum der Volkswirtschaften des sogenannten Globalen Nordens entstanden ist, beruht auf der grenzenlosen ökologischen Ausbeutung des gesamten Planeten. Diese bleibt zwar weitgehend verborgen, führt aber langfristig unweigerlich zu einem systemischen Zusammenbruch.
- b) Die Konsumwünsche der Menschen werden systematisch angeregt und dadurch künstlich auf einem hohen Niveau gehalten, während die allgemeine Lebenszufriedenheit (*Gross Happiness Index*) in Europa und anderen Industrieländern seit 30 bis 40 Jahren nicht mehr gestiegen ist.
- c) Gleichzeitig gibt es weltweit immer mehr Menschen, die nach einem menschenwürdigen Leben streben: 2022 erreichte die Weltbevölkerung 8 Milliarden Menschen und wächst weiter (Bevölkerungswachstum). Die globale Erwärmung betrifft nicht nur die Begrenzung von Schäden und

Emissionen. Die Industriegesellschaft des Nordens lebt weit über ihre Verhältnisse, während im Globalen Süden Hunderte Millionen Menschen in extremer Armut leben. Es handelt sich um ein gigantisches Problem der Verteilung von Einkommen und Ressourcen.

d) Laut Paech ist es gerade die Logik einer immer effizienter werdenden Produktion, die durch die globale Arbeitsteilung, Automatisierung und Digitalisierung ermöglicht wird, die trotz eines sparsameren Materialeinsatzes die Ressourcen immer intensiver ausbeutet. In Zeiten steigender Arbeitsproduktivität durch Roboter und Digitalisierung werden die ökologischen Grundlagen der Produktion erodiert.

Das Wachstum beruht auf einer dreifachen Auflösung materieller Beschränkungen, die durch die globale Arbeitsteilung und die Abhängigkeit von Zinssätzen sowie durch den ständigen Vergleich mit anderen und die Wachstumslogik strukturell aufrechterhalten wird:

1. Physisch durch den zunehmenden Einsatz sogenannter „Energiesklaven“, also ressourcenintensiver Maschinen, die die Arbeitsproduktivität immer weiter steigern (Robotik, Digitalisierung). Gleichzeitig geht die Gewinnung von Rohstoffen weiter, von denen viele bereits an die Grenze ihrer Erschöpfung gelangen

2. Räumlich durch die Ausweitung globaler Wertschöpfungsketten durch Outsourcing und die Verlagerung belastender, schmutziger und unangenehmer Tätigkeiten.

3. Zeitlich durch die verantwortungslose Ausschöpfung künftiger Möglichkeiten mittels der Verlagerung der Last öffentlicher und privater Schulden in die nahe und ferne Zukunft.

Nach Paech beruht das Konzept einer Postwachstumsökonomie somit auf zwei Säulen:

1) Die Stärkung einer sogenannten „Ökonomie der Nähe“, die den globalisierten Märkten entgegenwirkt und die Regionen unabhängiger von langen globalen Produktionsketten macht.

2) Die allgemeine Reduzierung des Konsums, also des Flusses von Rohstoffen und Halbprodukten bzw. Stoffdurchsatzes (*Material Throughput*), die durch einfachere und genügsamere Lebensweisen von jedem Einzelnen umgesetzt werden kann.

Die erste Strategie wirkt der geophysischen Struktur des Wirtschaftswachstums entgegen (Arbeitsteilung auf globaler Ebene). Lange und räumlich weit verzweigte Produktionsketten sind stets der Logik des Profits unterworfen, während lokale Produktionen in kleinem Maßstab leichter dem Wachstumszwang entkommen können

Die zweite Strategie wirkt der kulturellen Wachstumszwang entgegen und richtet sich gegen die durch Wettbewerb angetriebene Bedürfnisspirale. Bedürfnisse werden kulturell geprägt und verstärken wiederum die Logik der unstillbaren Bedürfnisse. Ziel ist es, die Lebensdauer von Produkten durch Reparaturhandwerk und Eigenproduktion zu verlängern und die Menge des verbrauchten Materials durch die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern und Geräten zu reduzieren.

Durch die Vereinfachung des eigenen Lebens und durch Regionalisierung kann man sich nach Paech von diesen Zwängen unabhängig machen. Ebenso sollte man Produkte aus fernen Ländern nur dann beziehen, wenn sie nicht vor Ort hergestellt werden können.

Die Konsummodelle der Zukunft müssen mit einem geringeren Verbrauch von Energie und Ressourcen sowie mit weniger Transport auskommen. Das bedeutet mehr Suffizienz, Selbstversorgung, kürzere Lieferketten, Regionalisierung, eine längere Lebensdauer von Gütern, eine Stärkung öffentlicher Güter und des Non-Profit-Sektors.

Eine globalisierte Industrie kann weiterhin bestehen, doch dafür bedarf es Vereinbarungen über eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Bei einem bestimmten Arbeitsvolumen und gleichzeitigem technologischem Fortschritt, der Arbeit einspart, muss die Wirtschaft wachsen, weil die Menschen andernfalls ihre Arbeitsplätze und ihr Einkommen verlieren würden. Daher muss die Arbeitszeit verkürzt werden.

Wir brauchen einen realistischen CO₂-Preis, damit die Umweltkosten nicht länger externalisiert werden. Oder wir brauchen ein globales Öko-Konto, das allen Menschen unabhängig davon, wo sie leben, die gleichen Verschmutzungsrechte zugesteht, beispielsweise 2,5 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr. Wer mehr emittieren will, muss die entsprechenden Rechte von Ländern kaufen, die ihre ihnen zustehende Quote nicht ausschöpfen.

Die Produktionsketten sollten im Sinne einer Deglobalisierung radikal verkürzt werden. Lokale Produktion umfasst sowohl nicht-monetäre Austauschbeziehungen als auch einen regionalen Marktaustausch auf der Grundlage einer regionalen (parallelen), zinsfreien Währung.

Auch Innovationen sollten durch die Entwicklung von Technologien lokal verankert bleiben. Diese Produkte sollten leicht reproduzierbar und kontrollierbar sein und die menschliche Arbeitsleistung ergänzen und steigern, anstatt sie zu ersetzen.

Die lokale Produktion sollte von kleinen und mittleren Unternehmen getragen werden, da diese eine transparentere und demokratisch besser kontrollierbare Unternehmensgröße darstellen. Darüber hinaus sollten Eigenproduktion und Selbstversorgung gestärkt werden, etwa durch Reparaturwerkstätten und Gemeinschaftsgärten (vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Niko_Paech).

3. Christian Felber und die Gemeinwohlökonomie

Einerseits ist die GWÖ (Gemeinwohl-Ökonomie) ein wirtschaftstheoretischer und wirtschaftspolitischer Ansatz, der innerhalb der Kreise des globalisierungskritischen Netzwerks ATTAC entwickelt wurde. Andererseits ist die internationale NGO für die GWÖ (www.econgood.org) eine internationale soziale Bewegung, die vom Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie getragen wird. Der österreichische Wissenschaftler Christian Felber, Dozent an den Universitäten Wien und Graz, ist einer der Mitbegründer und ehemalige Sprecher von ATTAC Österreich. Seit 2010 gehört er außerdem zu den Initiatoren einer Genossenschaftsbank in Österreich (*Bank für Gemeinwohl*) und des Gründungsvereins der GWÖ.

Gemeinwohl-Ökonomie: theoretischer Ansatz, unternehmerische Praxis und Politik

Der Begriff „Gemeinwohl“ hat eine lange Geschichte. Felber führt ihn auf Platon und Aristoteles (4. Jahrhundert v. Chr.) zurück und sieht ihn als ein Prinzip, das seit Thomas von Aquin (13. Jahrhundert n. Chr.) kontinuierlich in der christlichen Soziallehre präsent ist.

Zusammengefasst versteht die GWÖ-Bewegung ihr Modell als „ein vollständiges und in sich schlüssiges Wirtschaftsmodell, das eine Alternative zu den beiden großen historischen Narrativen ‚Kapitalismus‘ und ‚Kommunismus‘ bietet“.

Die GWÖ-Bewegung versteht ihr Modell als Alternative zum neoliberalen Wirtschaftsmodell. Im Zentrum der Kritik der GWÖ steht die Diskrepanz zwischen menschlichen und gesellschaftlichen Werten einerseits und den Werten des Wirtschaftssystems andererseits.

Mit der Übertragung der neoklassischen Theorie in die weltweit dominierende neoliberale Wirtschaftspolitik setzte sich eine Ideologie durch, die im Kern die Wirtschaft von der Gesellschaft abkoppelt. Dies geschah unter anderem dadurch, dass der neoliberale Ansatz zu einer ideologischen Sozialwissenschaft erhoben wurde, die auf einem bestimmten Menschenbild – dem *homo oeconomicus* – beruht.

Dieser Ansatz ist auch in der wissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdebatte zunehmend kritisch hinterfragt worden. Auf dieser Vorstellung einer Entkopplung bzw. Spaltung zwischen Gesellschaft und Wirtschaft beruhen zwei weitere zentrale Aspekte der von der GWÖ formulierten Kritik: Wettbewerb und Kooperation sowie die Verwechslung von Mitteln und Zielen (Geld nicht mehr als Mittel, sondern als Selbstzweck).

Der Wettbewerb wird im neoklassischen Ansatz übermäßig stark betont. Das heißt, er wird aus seinem historischen und gesellschaftlichen Kontext herausgelöst, aus dem er hervorgegangen ist – nämlich den Formen des Kapitalismus zu Zeiten von Adam Smith. Dies führt zu einer Vergötzung der Effizienz: „Bis heute beruht die legitimierende Grundlage der kapitalistischen Marktwirtschaft auf der Annahme, dass das eigennützige Verhalten der einzelnen Akteure durch den Wettbewerb zum größtmöglichen Wohlstand aller gelenkt wird.“ (Felber)

Während dieser Wettbewerb angeblich zu maximaler Effizienz führt, die wiederum an Umsatz und finanziellem Gewinn gemessen wird, vernachlässigt er die ethische Dimension sozialer Beziehungen. Dies führt zur Verwechslung von Mitteln und Zielen.

Wohlstand, gemessen am finanziellen Umsatz, wird dadurch zum Selbstzweck und legitimiert den Wettbewerb um dieses Ziel, ohne Rücksicht auf allgemein anerkannte ethische Werte zu nehmen. Daher geht es darum, diese Praxis zu korrigieren und zur ursprünglichen Vorstellung zurückzukehren, Geld als Mittel und das Gemeinwohl als Ziel zu betrachten.

Schließlich greift Felber in seinen Veröffentlichungen auf neuere Erkenntnisse der Neurowissenschaften zurück und formuliert die Konzepte Wettbewerb und Kooperation neu. Während Wettbewerb als auf Angst beruhend beschrieben wird – auf der Angst, aufgrund der Dynamik der Kapitalakkumulation überholt zu werden –, soll Kooperation auf erfolgreichen zwischenmenschlichen Beziehungen beruhen.

Die Folge davon, Angst als Anreiz für Produktivität im Wettbewerb einzusetzen, seien psychische Störungen, während erfolgreiche Beziehungen eine zutiefst menschliche, intrinsische Motivation zum Handeln darstellten. Folglich sollte Kooperation als eine wesentlich effizientere Methode als Wettbewerb betrachtet werden: „Die besten Leistungen entstehen nicht deshalb, weil es einen Konkurrenten gibt, sondern weil Menschen von einer Sache fasziniert, begeistert und erfüllt sind.“ (Felber)

Zehn Krisen des Kapitalismus

Felber listet „zehn Krisen des Kapitalismus“ auf, die als Folgen der fehlenden Nachhaltigkeit der gegenwärtigen Marktwirtschaft mit ihren zentralen Mechanismen der „Profitmaximierung und des Wettbewerbs“ verstanden werden.

Hier sind diese zehn Punkte in sehr knapper Form:

1. Konzentration und Machtmissbrauch: Das Gebot, die Konkurrenten zu übertreffen, führt systematisch zu einer Machtkonzentration bei den erfolgreichen Unternehmen. Diese Macht wird anschließend genutzt, um weitere Marktanteile zu sichern und eine Monopolstellung anzustreben.

2. Ausschaltung des Wettbewerbs und Bildung von Kartellen: Sobald nur noch wenige große Unternehmen einen Markt beherrschen, neigen sie dazu, strategisch zusammenzuarbeiten, um sich vereinbarte Marktanteile zu sichern (Kartelle) und damit den Wettbewerb auszuschalten.
3. Standortwettbewerb: Staaten konkurrieren um private Unternehmen als Investoren in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet. Da hohe soziale und ökologische Standards Kosten verursachen, neigen sie dazu, miteinander zu konkurrieren, indem sie diese Kosten senken, um für Investoren attraktiv zu sein.
4. Ineffiziente Preisbildung: Die Preisbildung ist ein Ausdruck der bestehenden Machtverhältnisse und bringt eher die Interessen der mächtigen Akteure als die von Angebot und Nachfrage zum Ausdruck. Die Marktpreise spiegeln nicht sämtliche ökologischen und sozialen Kosten wider.
5. Soziale Polarisierung und Angst: Je stärker der globalisierte Wettbewerb entfesselt wird, desto größer wird das Machtungleichgewicht zwischen den beteiligten Akteuren. Auch innerhalb der Nationalstaaten hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den meisten Ländern vergrößert, einschließlich westlicher Länder wie den USA und Deutschland. Dies ist vor allem das Ergebnis von Machtungleichgewichten und führt zu einem gesellschaftlichen Klima von Misstrauen und Angst.
6. Nichterfüllung der Grundbedürfnisse und Hunger: Das primäre Ziel des Kapitalismus ist die Akkumulation von Kapital, nicht die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse (wie etwa Nahrung). Grundbedürfnisse, die nicht durch Kaufkraft gedeckt sind, können nicht befriedigt werden, während Kaufkraft, die nicht zur Befriedigung von Grundbedürfnissen benötigt wird, durch von der Werbung erzeugte künstliche Bedürfnisse gelenkt wird. Kreativität und Investitionen werden im Kapitalismus systematisch in falsche Bahnen gelenkt.
7. Ökologische Zerstörung: Da das primäre Ziel die Akkumulation von Kapital ist, werden andere Ziele wie der Umweltschutz diesem untergeordnet. Infolgedessen untergräbt der Kapitalismus die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und die Grundlagen wirtschaftlicher Tätigkeit.
8. Sinnverlust: Die Akkumulation materieller Werte als primäres Ziel stellt alle anderen Werte – etwa die Qualität zwischenmenschlicher Beziehungen und der Umwelt, Zeitwohlstand, Kreativität und Autonomie – in den Hintergrund. Viele Menschen entfremden sich von ihren Wünschen und Idealen und sind nicht mehr in der Lage, einen Sinn in einer Tätigkeit zu erkennen, die über das Erzielen eines finanziellen Einkommens hinausgeht.
9. Moralischer Verfall: Antisoziale und egoistische Menschen sind in der modernen Wirtschaft am erfolgreichsten, weil sie in der Lage sind, alle Ziele auszublenden, die nicht mit dem persönlichen Vorteil verbunden sind. Ein solches Wertesystem wirkt in die Gesellschaft hinein und beeinflusst Politik, Medien und zwischenmenschliche Beziehungen.
10. Abbau der Demokratie: Die Macht globaler Akteure, Banken und Investmentfonds ist so groß, dass politische Kräfte durch Lobbyismus, Medienbesitz, die Finanzierung politischer Parteien und öffentlich-private Partnerschaften zunehmend ihre eigenen Interessen verfolgen, anstatt dem Gemeinwohl zu dienen.

Als Antwort auf diese Fehlentwicklungen muss wirtschaftlicher Erfolg neu definiert und entsprechend gemessen werden: weg von der Erwirtschaftung von Geld – gemessen anhand von Indikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf nationaler Ebene, dem Gewinn auf Unternehmensebene sowie der Kapital- bzw. Eigenkapitalrendite auf Ebene einzelner Unternehmen – hin zur Erzeugung von Gemeinwohl.

Während die Diskussion über Alternativen zum BIP bereits seit den 1970er-Jahren geführt wird, gibt es zunehmend auch auf Unternehmens- und Investitionsebene Instrumente zur Messung des Gemeinwohls.

Als Instrument zur Neudefinition wirtschaftlichen Erfolgs wurde die sogenannte „Gemeinwohl-Bilanz“ (GWÖ-Bilanz) entwickelt, die als ein marktwirtschaftlicher Weg des Übergangs betrachtet werden kann. Die Gemeinwohl-Bilanz ist derzeit der am weitesten entwickelte Aspekt bei der Umsetzung des GWÖ-Modells und hat daher auch die größte Aufmerksamkeit auf sich gezogen, wie die Zahl der dazu verfügbaren Artikel und wissenschaftlichen Arbeiten zeigt (siehe Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie, www.econgood.org).

Mit diesem Ansatz orientiert sich die GWÖ an einer integrierten Praxis von Management, Rechnungslegung und Berichterstattung. Das Instrument wurde im Laufe der Jahre weiterentwickelt und verfeinert, unter Mitwirkung der ersten Pionierunternehmen, die am Aufbau der GWÖ beteiligt waren. Die Gemeinwohl-Bilanz wird als „ein Versuch beschrieben, die fehlerhafte Programmierung des Marktes zu korrigieren und die ‚Marktregeln‘ mit den zwischenmenschlichen und verfassungsmäßigen Werten der Gesellschaft in Einklang zu bringen“ (Felber). Heute erstellen mindestens 1.000 Unternehmen in zahlreichen Ländern jährlich eine Gemeinwohl-Bilanz.

Siehe auch: https://en.wikipedia.org/wiki/Economy_for_the_Common_Good

4. Tim Jackson: der „Professor der nachhaltigen Entwicklung“

Wohlstand neu definiert

Heute, nach der COVID-19-Pandemie, bleibt das Wirtschaftswachstum – auch wenn es unter dem Etikett des grünen Wachstums propagiert wird – das wichtigste Ziel der Konjunktur- und Wiederaufbaupläne.

Der britische Politökonom Tim Jackson setzt sich in seinem bekanntesten Werk *„Prosperity without Growth – Economics for a Finite Planet“* (frei im Internet, auf TEAMS) mit dem Begriff des Wohlstands auseinander, der bisher vor allem im Sinne materiellen Reichtums verstanden wurde.

Aus seiner Perspektive muss Wohlstand jedoch in Gesellschaft und Gemeinschaft eingebettet sein. Es geht um einen geteilten Wohlstand, der nicht nur auf individuellem Reichtum beruht, sondern auch auf öffentlichen Dienstleistungen, öffentlichen Institutionen und dem Leben in der Gemeinschaft.

Wohlstand ergibt sich zudem aus den natürlichen Ressourcen – aus sauberer Luft, sauberem Wasser, einer intakten Landschaft, fruchtbaren Böden und gesunden Ozeanen. Die Nutzung der natürlichen Ressourcen muss nachhaltig sein. Wir dürfen nicht auf Kosten künftiger Generationen leben.

Wohlstand muss all dies umfassen: die Beseitigung von Hunger und Obdachlosigkeit, extremer Armut und fehlender Sicherheit. Ein wirklich wohlhabendes und erfülltes Leben kann es nicht geben, wenn der eigene Nachbar in Verzweiflung und Armut lebt.

Auch Einkommen bzw. Einkünfte haben einen abnehmenden Grenznutzen. Das bedeutet, dass ein zusätzlicher Dollar für einen wohlhabenden Menschen keinen nennenswerten zusätzlichen Nutzen bringt. Wenn die Menschen ihre Grundbedürfnisse gedeckt haben, verschafft ihnen ein höheres Einkommen nur noch eine sehr geringe zusätzliche Befriedigung. Jackson weist häufig darauf hin, dass die Menschen in Dänemark, Irland, Schweden und Neuseeland über ein geringeres Geldeinkommen verfügen als die US-amerikanischen Bürger, zugleich aber eine höhere Lebenszufriedenheit angeben.

Doch Konsumismus ist eine weltweite Kultur, die das Wirtschaftswachstum antreibt. „Die unaufhörliche Innovation bei Produkten befriedigt dieses Verlangen nach etwas Neuem und befeuert damit das Wirtschaftswachstum: Viele Innovationen haben den Lebensstandard verbessert, doch die ständige Nachfrage nach neuen Produkten treibt ein nicht nachhaltiges Wirtschaftswachstum an“, schreibt Jackson in „*Wohlstand ohne Wachstum*“: „Materielle Güter stellen eine wichtige Sprache dar, über die wir miteinander kommunizieren – über die Dinge, die wirklich zählen: Familie, Identität, Freundschaft, Gemeinschaft und den Sinn des Lebens.“

So kritisiert Jackson die gegenwärtigen Maßstäbe für materiellen Wohlstand und Produktion in Form des BIP. In diesen statistischen Indikator fließen nur monetäre Transaktionen auf dem Markt ein. Alles jedoch, was in unserer Gesellschaft tagtäglich als Arbeit oder Dienstleistung ohne Preis oder ohne monetäre Vergütung erbracht wird, existiert für das BIP nicht. Zudem erfasst das BIP zahlreiche Schäden nicht, sondern klammert die ökologischen und sozialen Kosten des Wachstums aus den Preisen von Waren und Dienstleistungen aus (BIP-Kritik).

Jenseits eines bestimmten Niveaus der Befriedigung der Grundbedürfnisse steigert weiteres Wachstum nicht mehr das menschliche Wohlbefinden. Jackson bezeichnet die Gegenwart als „Zeitalter der Verantwortungslosigkeit“.

Jackson zufolge wurde den zentralen Werten des menschlichen Lebens, dem Planeten und seiner Bevölkerung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Wirtschaftswachstum verdrängt die intrinsischen menschlichen Werte: „Die neue Makroökonomie muss ökologisch und sozial gebildet sein und der Verrücktheit ein Ende setzen, die Wirtschaft von Gesellschaft und Umwelt zu trennen.“

Wir brauchen eine neue Vorstellung von Wohlstand. Die „eiserne Konsumismus-Falle“ kann durchbrochen werden, lautet eine weitere Botschaft Jacksons. Millionen von Menschen treten inzwischen einen Schritt zurück, arbeiten weniger, wählen einen einfacheren Lebensstil und minimieren ihren ökologischen Fußabdruck.

Was hält Tim Jackson von der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch? Er unterscheidet zwischen der relativen Entkopplung, bei der die negativen Umweltauswirkungen der wirtschaftlichen Produktion abnehmen, und der absoluten Entkopplung, bei der die Umweltschäden der Produktion absolut zurückgehen, sodass die CO₂-Emissionen auf einem nachhaltigen Niveau gehalten werden können.

Um jedoch eine globale Überhitzung des Klimas zu verhindern, sind bis 2050 Reduktionen der CO₂-Emissionen um 50–85 % erforderlich. Dies ist das erklärte Ziel der EU und wird vom IPCC sowie vom Pariser Abkommen gefordert. Mit einer lediglich relativen Entkopplung ist dieses Ziel nicht erreichbar.

Welches Rezept für die Dekarbonisierung der Wirtschaft?

Tim Jackson beschränkt sich nicht darauf, das Wachstum zu kritisieren, sondern liefert auch Ideen dafür, wie eine CO₂-arme Wirtschaft erreicht werden kann. Heute besteht das zentrale Interesse der Unternehmen darin, ihre Produktivität und ihre Gewinne zu steigern. Dies erfordert mehr Technologie und den Abbau zusätzlicher Rohstoffe für Maschinen, die natürliche, nicht erneuerbare Ressourcen verbrauchen.

Unternehmen sollten stattdessen dazu angeregt werden, mehr Arbeit einzusetzen und weniger Energie sowie weniger Rohstoffe zu verbrauchen. In einer nachhaltigen Wirtschaft der Zukunft sollten immer mehr Arbeitsplätze „CO₂-arme wirtschaftliche Tätigkeiten“ unterstützen. Deshalb brauchen wir einen Ausbau von Tätigkeitsfeldern wie Bildung, Ausbildung, Pflege- und Betreuungsarbeit, Reparatur, Gartenbau und Landwirtschaft, Gesundheitswesen sowie kulturellen Aktivitäten aller Art.

Tim Jackson fordert die Regierung auf, Vollbeschäftigung zu unterstützen, allerdings nicht notwendigerweise mit dem Ziel, Wirtschaftswachstum zu fördern. Auch alle Berufe, die mit der Dekarbonisierung des Energiesystems verbunden sind, wachsen: die energetische Sanierung von Gebäuden, der öffentliche Verkehr und der Güterverkehr auf der Schiene sowie intelligente Energienetze. Wind- und Solarenergie haben bereits Millionen von Arbeitsplätzen geschaffen.

Eine Aschenputtel-Wirtschaft?

Die Frage lautet heute, wie diese Tätigkeiten mit öffentlichen Mitteln gefördert und unterstützt werden können und wie gleichzeitig die Unterstützung für CO₂-intensive Aktivitäten in Produktion und Konsum beendet werden kann.

Regierungen, einschließlich der EU, haben politische Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, um die Menschen in die richtige Richtung zu lenken. Die Antwort der Politik auf die Notwendigkeit, Wohlstand anzustreben, ohne die negativen Nebenwirkungen des Wirtschaftswachstums in Kauf nehmen zu müssen, sollte einem grundlegenden Prozess in drei Schritten folgen:

1. **„Grenzen setzen“** – Die Regierung hat die Verantwortung, der Übernutzung des Ökosystems Grenzen zu setzen. Die Besteuerung von kohlenstoffbasierten Brennstoffen ist eine Möglichkeit, die Erschöpfung natürlicher Ressourcen sowie die Verschlechterung der Luft- und Wasserqualität zu begrenzen. Die Einführung und Anhebung solcher Steuern kann wichtige Mittel für die Bekämpfung von Umweltverschmutzung bereitstellen.
2. **„Das Wirtschaftsmodell korrigieren“** – Investitionen in den Umweltschutz können geringere Renditen abwerfen als herkömmliche Aktien und Anleihen. Schließlich schaffen Anleger, die in die ökologische Integrität investieren, zugleich einen gesellschaftlichen Nutzen. Die Menschen wären eher bereit, „ökologische Investitionen“ zu tätigen, wenn sie dafür angemessene Anreize erhielten.
3. **„Die gesellschaftliche Logik verändern“** – Die Entscheidung für einfachere und nachhaltigere Lebensstile ist von grundlegender Bedeutung. Ebenso wichtig sind Bemühungen, Gemeinschaften zu stärken und widerstandsfähiger gegenüber Rezessionen zu machen. Diese großen Schritte würden die verschwenderische Kultur des Konsumismus durch eine Ethik der ökologischen Sensibilität ersetzen.

Das Wort „Genügsamkeit“, das auch Tim Jackson in diesem Zusammenhang verwendet, mag in einer konsumorientierten Gesellschaft altmodisch erscheinen. Man kann das Wort jedoch auch aus einer positiveren Perspektive betrachten, wenn man bedenkt, dass es vom lateinischen Wort für „Frucht“ abgeleitet ist. Es erinnert uns daran, dass Bewahren statt Konsumieren große Früchte tragen kann.

5. Kate Raworth und die Donut Economics

Dieser Vorschlag ist nach einem sehr kreativen Diagramm benannt, das von der Wirtschaftswissenschaftlerin Kate Raworth von der Universität Oxford entworfen wurde. Es hat die Form eines „Donuts“ (eines typischen englischen Gebäcks), also konzentrischer Kreise mit einer Leerstelle in der Mitte.

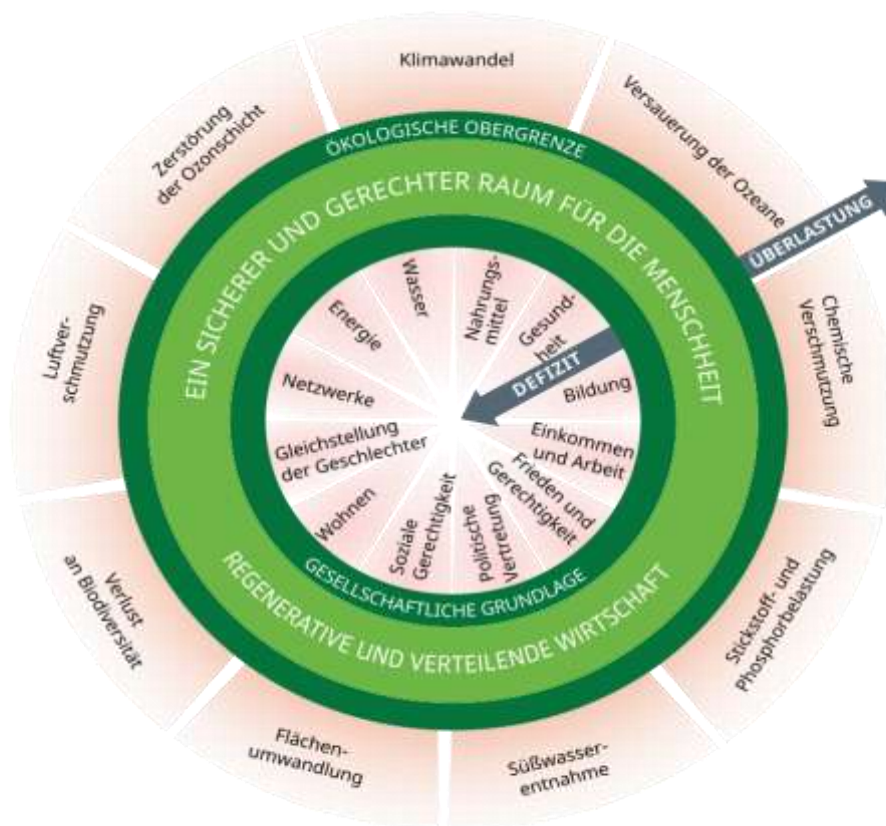
Das Modell besteht aus drei Hauptbereichen:

- einem inneren Bereich, der zwölf menschliche Grundbedürfnisse umfasst, etwa Nahrung, Bildung, Wohnen, Energie usw.;

- einem äußeren Bereich, der neun schädliche Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Umwelt erfasst, etwa die Versauerung der Ozeane, den Verlust der biologischen Vielfalt usw.;
- und schließlich der zentralen Leerstelle, die die Menschen repräsentiert, die keinen Zugang zur Befriedigung ihrer grundlegenden menschlichen Bedürfnisse haben.

Der innere und der äußere Bereich sind durch eine Grenze voneinander getrennt. Nach Raworth sollte die Wirtschaft darauf ausgerichtet sein, die heute vielfach nicht erfüllten menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, ohne dabei die ökologischen Belastungsgrenzen des Planeten (*planetary limits*) zu überschreiten, also die ökologischen Grenzen (*ecological ceiling*) zu durchbrechen, deren Überschreitung zur Zerstörung der Umwelt und zu einer nicht nachhaltigen Entwicklung führt.

Die Donut-Ökonomie



Autor: Wano2011 - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=127173501>

In ihrem Buch „Die Donut-Ökonomie“ stellt Raworth sieben Denkweisen vor, mit denen man wie eine Wirtschaftswissenschaftlerin bzw. ein Wirtschaftswissenschaftler des 21. Jahrhunderts denken kann. Für jede dieser sieben Denkweisen zeigt sie auf, welches falsche Bild bislang unsere Vorstellungen geprägt hat, wie es so mächtig werden konnte und welchen Schaden es angerichtet hat. Doch die Zeit der bloßen Kritik ist vorbei. Deshalb konzentriert sie sich hier darauf, neue Bilder zu entwickeln, die die wesentlichen Prinzipien erfassen, an denen wir uns heute orientieren müssen.

Raworth skizziert die Grundzüge eines neuen ökonomischen Denkens, das sich um das Bild des Donuts dreht. Hier sind die sieben Schritte, die K. Raworth vorschlägt, um zu einer Wirtschaftswissenschaft zu gelangen, die den Herausforderungen der Nachhaltigkeit gewachsen ist.

1. Das Ziel verändern

Seit mehr als siebzig Jahren ist die Wirtschaft auf das BIP als wichtigstes Maß für ihren Fortschritt fixiert. Diese Fixierung wurde dazu genutzt, extreme Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen zu rechtfertigen – begleitet von einer beispiellosen Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Für das 21. Jahrhundert braucht es ein weitaus umfassenderes Ziel: die Rechte jedes Menschen innerhalb der Grenzen des Planeten, der uns das Leben ermöglicht, zu achten.

Dieses Ziel wird im Bild des Donuts zusammengefasst. Die Herausforderung besteht nun darin, Volkswirtschaften – von der lokalen bis zur globalen Ebene – so zu gestalten, dass sie dazu beitragen, die gesamte Menschheit in den sicheren und gerechten Raum des Donuts zu führen. Statt ein unendliches Wachstum des BIP anzustreben, ist es an der Zeit, herauszufinden, wie wir in einem ausgewogenen Verhältnis gedeihen und ein gutes Leben führen können (vgl. den Vorschlag von T. Jackson).

2. Das Gesamtbild betrachten.

Die Mainstream-Ökonomie stellt die gesamte Wirtschaft in einem einzigen Diagramm dar: dem Kreislauf des Einkommens. Ihre Beschränkungen wurden zudem dazu genutzt, die neoliberale Erzählung von der Effizienz des Marktes, der Unfähigkeit des Staates, der Bedeutung des privaten Haushalts und der Tragik der Allmende zu stärken.

Wir müssen die Wirtschaft von Grund auf neu denken und sie in Gesellschaft und Natur einbetten – und sie von der Sonne mit Energie versorgen lassen. Eine neue Darstellung regt neue Erzählungen an: über die Macht des Marktes, die Beteiligung des Staates, die zentrale Rolle des Haushalts und die schöpferische Kraft der Gemeingüter.

3. Die menschliche Natur kultivieren.

Im Zentrum der Wirtschaft des 20. Jahrhunderts steht das Bild des rationalen Homo oeconomicus. Es vermittelte uns die Vorstellung, dass wir egoistisch, isoliert und berechnend sind, über stabile Präferenzen verfügen und die Natur beherrschen – und dieses Menschenbild hat mitgeprägt, zu dem wir geworden sind.

Doch die menschliche Natur ist weitaus vielfältiger und reicher, wie die ersten Entwürfe unseres neuen Selbstbildes zeigen: Wir sind soziale und voneinander abhängige Wesen, fürsorglich, in unseren Wertvorstellungen wandelbar und auf die lebendige Welt angewiesen. Darüber hinaus ist es tatsächlich möglich, die menschliche Natur auf eine Weise zu kultivieren und zu fördern, die uns eine weitaus größere Chance gibt, den sicheren und gerechten Raum des Donuts zu erreichen.

4. Systemdenken erlernen.

Das emblematische Zusammenspiel von Marktangebot und Nachfragekurven ist das erste Diagramm, mit dem jede Studentin und jeder Student der Wirtschaftswissenschaften konfrontiert wird. Doch es beruht auf irreführenden Metaphern aus dem 19. Jahrhundert über das mechanische Gleichgewicht.

Ein weitaus sinnvollerer Ausgangspunkt, um die Dynamik der Wirtschaft zu verstehen, ist das Systemdenken, das sich anhand einiger Rückkopplungsschleifen zusammenfassen lässt. Wenn man diese Dynamik ins Zentrum der Wirtschaftswissenschaft stellt, eröffnet dies zahlreiche neue

Erkenntnisse – von den Auf- und Abschwungzyklen der Finanzmärkte über die sich selbst verstärkende Dynamik wirtschaftlicher Ungleichheit bis hin zu den Kipppunkten des Klimawandels.

5. Für Verteilung gestalten.

Im 20. Jahrhundert vermittelte eine einfache Kurve – die Kuznets-Kurve – eine mächtige Botschaft über Ungleichheit: Zunächst müsse es schlimmer werden, bevor es besser werden könne, und Wirtschaftswachstum werde die Situation letztlich verbessern.

Doch Ungleichheit ist, wie sich zeigt, keine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern ein Gestaltungsfehler. Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler des 21. Jahrhunderts werden erkennen, dass es viele Möglichkeiten gibt, Volkswirtschaften so zu gestalten, dass sie den von ihnen geschaffenen Wert wesentlich breiter und gerechter verteilen – eine Idee, die sich besser als ein Netzwerk von Strömen darstellen lässt.

Das bedeutet, über die bloße Umverteilung von Einkommen hinauszugehen und auch Vermögen neu zu verteilen – insbesondere Vermögen, das in Grundbesitz, Unternehmen, Technologien und Wissen steckt, sowie die Macht, Geld zu schaffen.

6. Für Regeneration gestalten.

Die Wirtschaftstheorie hat eine „saubere“ Umwelt lange Zeit als Luxusgut betrachtet, das sich nur Wohlhabende leisten können. Diese Sichtweise wurde durch die Umwelt-Kuznets-Kurve verstärkt, die wiederum nahelegte, dass die Umweltverschmutzung zunächst zunehmen müsse, bevor sie zurückgehen könne, und dass Wirtschaftswachstum letztlich zu einer Verbesserung führen würde.

Doch ein solches Gesetz gibt es nicht: Ökologische Zerstörung ist schlicht das Ergebnis eines degenerativen industriellen Designs. Dieses Jahrhundert braucht ein ökonomisches Denken, das regeneratives Design fördert, um eine zirkuläre statt einer linearen Wirtschaft zu schaffen – und den Menschen wieder die Rolle vollwertiger Mitgestalter der zyklischen Prozesse des Lebens auf der Erde zu geben.

7. Der Frage des Wachstums gegenüber agnostisch sein.

Die Mainstream-Ökonomie betrachtet das unendliche Wachstum der Wirtschaft als eine Verpflichtung. Doch nichts in der Natur wächst für immer, und der Versuch, sich dieser Tendenz entgegenzustellen, wirft in Ländern mit hohem Einkommen und geringem Wachstum ernsthafte Fragen auf. Es mag nicht schwierig sein, das Wachstum des BIP als wirtschaftliches Ziel aufzugeben. Weitaus schwieriger wird es jedoch sein, unsere Abhängigkeit vom Wachstum zu überwinden.

Heute haben wir Volkswirtschaften, die wachsen müssen, unabhängig davon, ob dieses Wachstum zu unserem Wohlergehen beiträgt oder nicht. Was wir brauchen, sind dagegen Volkswirtschaften, die unser Wohlergehen sichern – unabhängig davon, ob sie wachsen oder nicht.

Diese Umkehrung der Perspektive fordert uns dazu auf, gegenüber dem Wachstum agnostisch zu sein und zu verstehen, wie Volkswirtschaften, die heute finanziell, politisch und gesellschaftlich vom Wachstum abhängig sind, mit oder ohne Wachstum funktionieren können.

Diese sieben Denkweisen formulieren keine konkreten politischen Handlungsempfehlungen oder institutionellen Reformvorschläge. Sie versprechen keine unmittelbaren Antworten darauf, was als Nächstes zu tun ist, und stellen sicherlich nicht die vollständige Antwort dar. Dennoch sind sie von grundlegender Bedeutung für die radikal veränderte Denkweise über Wirtschaft, die wir im 21. Jahrhundert benötigen. Ihre Prinzipien und Denkmodelle werden den neuen Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftlern – und dem Ökonomen bzw. der

Ökonomin in jedem von uns – das Rüstzeug geben, mit dem wir beginnen können, eine Wirtschaft zu gestalten, die allen Menschen die Möglichkeit gibt, aufzublühen und gut zu leben.

Angesichts der Geschwindigkeit, des Ausmaßes und der Ungewissheit des Wandels, der uns in den kommenden Jahren bevorsteht, wäre es unklug, schon heute sämtliche politischen Maßnahmen und Institutionen festlegen zu wollen, die für die Zukunft geeignet sein werden. Die Aufgabe des ökonomischen Denkens in den kommenden Jahrzehnten wird darin bestehen, diese sieben Denkweisen konzeptionell und praktisch miteinander zu verbinden – und viele weitere hinzuzufügen.

Zur Vertiefung:

Serge Latouche (2005): *Come sopravvivere allo sviluppo. Dalla delolonzizzazione dell'immaginario economico alla costruzione di una società alternativa*. Bollati Boringhieri

Serge Latouche (2008): *Breve trattato sulla decrescita serena*, Bollati Boringhieri

Serge Latouche (2011): *Come si esce dalla società dei consumi. Corsi e percorsi della decrescita*. Bollati Boringhieri

Serge Latouche (2014): *L'economia è una menzogna. Come si sono accorto che il mondo si stava scavando la fossa*. Bollati Boringhieri

Serge Latouche (2019): *Come reincantare il mondo. La decrescita e il sacro*. Bollati Boringhieri

Niko Paech (2005): *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie*. Metropolis Marburg.

Niko Paech (2012): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. Oekom

Niko Paech (2020, mit Manfred Folkers): *All you need is less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht*. Oekom, München

Christian Felber (2018), *Gemeinwohl-Ökonomie*, Deuticke Wien

Christian Felber (2016): *Gemeinwohlökonomie in der Praxis des Wirtschaftens*, Deuticke Wien

Tim Jackson (2017): *Prosperità senza crescita. I fondamenti dell'economia di domani*, Edizioni Ambiente

Tim Jackson/Victor Anderson (2009): *Redefining Prosperity – Essays in pursuit of a sustainable economy*, Earthscan, London

Tim Jackson (2021): *Post-Growth – Life after Capitalism*, Polity Press

Kate Raworth, *L'economia della ciambella. Sette mosse per pensare come un economista del XXI secolo*. Edizioni Ambiente 2017

Kate Raworth, *Doughnut Economics: Seven ways to think like a 21st-Century economist*, Pinguin 2018

Barbara Muraca (2015), *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*. Bonn: BpB

3. Die Kunst der Ausrede - Ein Ausflug in die Klimapsychologie

(Eine Zusammenfassung des Buchs: Thomas Brudermann, *Die Kunst der Ausrede*, OEKOM 2023)

Ausgangspunkt der Thesen von Thomas Brudermann ist der Widerspruch zwischen dem Denken und Handeln der Menschen. Grundsätzlich überwiegen in der Bevölkerung die guten Einstellungen, aber die konkreten Verhaltensweisen weichen stark davon ab. Die individuellen Entscheidungen sind oft alles andere als klimafreundlich. Somit braucht es Ausreden oder einen argumentativen Kopfstand, um Reden, Denken und Handeln unter einen Hut zu bekommen.

Im Fokus stehen dabei klimarelevante Entscheidungen einerseits und ein positives Selbstbild andererseits. Brudermann will keine Klimamoral predigen oder „Klimainquisition“ betreiben, vielmehr will er Verständnis dafür schaffen, wie schwer wir uns tun, mit dem gewohnten Lebensstil zu brechen.

Festzuhalten ist: bei der Klimapolitik liegt tatsächlich die Hauptverantwortung bei der Politik und den Unternehmen, die die Regeln setzen. Doch damit ist der Einzelne nicht aus seiner Verantwortung als Bürger oder Bürgerin, Konsument und Wählerin entlassen. Hier die gängigsten „Ausreden“ in Kurzfassung:

AUSREDE 1 „**Klimaschützen nützt mir nichts.**“

Als hohes Gut wird gesehen: unsere Lebenszeit gut zu nutzen. Konsum und Genuss ohne langfristige Folgen auskosten. Klimafreundlich leben ist wenig spaßbetont.

Menschenbild: der *homo oeconomicus*, der seinen Nutzen maximiert und sich rational entscheidet zwischen verschiedenen Optionen. Dieser Mensch trifft in der Theorie rationale Entscheidungen: aufgrund individueller Präferenzen und möglichst vollständiger Information entscheidet man sich für die beste Option.

Gemeinhin maximieren Entscheider ihren Nutzen. Das Ergebnis kann klimaschädlich sein, wenn nur der ökonomische Nutzen als Kriterium dient.

Beispiel: eine Flugreise maximiert unseren Nutzen, wenn wir schnell, bequem und billig an einen exotischen Ort gelangen wollen. Klimaschädliches Verhalten deckt sich mit preisbewussten rationalen Entscheidungen, weil die Rahmenbedingungen falsch und klimaschädlich gesetzt sind.

AUSREDE 2 „**Meine Rationalität hat Grenzen.**“

Das Prinzip der begrenzten Rationalität: wir gehen zwar zielorientiert vor, haben aber kognitive Grenzen, z.B. aufgrund des Mangels an Information und Kenntnissen.

Der Grund für diese Art von Rationalität lässt sich umschreiben mit dem Anspruch, nicht das optimale Ergebnis anzustreben, sondern eines, das gut genug ist. Damit wird das Anspruchsniveau gesenkt, zusätzlicher Aufwand vermieden, das Ergebnis ist suboptimal, aber ausreichend und zufriedenstellend.

Wenn wir begrenzt rational handeln, handeln wir auch begrenzt klimafreundlich. Wir suchen z.B. nicht das nachhaltigste, sondern das günstigste Hotel am Urlaubsort. Oder: wir fahren mit dem Auto nach Berlin, weil das umweltfreundlicher als das Fliegen ist, aber deshalb noch lange nicht klimafreundlich.

AUSREDE 3 „**Widersprüche sind menschlich.**“

Kognitive Dissonanz: das Verhalten steht nicht in Einklang mit dem eigenen Bewusstsein und dem Kenntnisstand. Beispiel Flugreisen, Fleischverbrauch, Alkoholkonsum. Wir wissen, dass es im Übermaß

nichts Gutes bringt, tun es doch. Die Herausforderung: konkretes Verhalten müsste mit den klimafreundlichen Einstellungen in Einklang gebracht werden, sofern diese überhaupt vorhanden sind.

Fleischparadoxon: ein Genuss, hineinzubeißen. Andererseits: die Tiere werden nicht artgerecht gehalten, Fleischgenuss ist in Massen nicht gesund, die Massentierhaltung ist klimaschädlich.

Option 1: kein oder wenig Fleisch essen.

Option 2: art- und tiergerechte Haltung beachten, Biofleisch kaufen.

Option 3: blendet alle Bedenken aus, weil Verhaltensänderung zu anstrengend und man sich nicht den Spaß verderben lassen will.

AUSREDE 4 „Morgen, nächsten Monat, nächstes Jahr. Irgendwann.....“

Das klingt konkret etwa so: „Dieses Jahr muss ich nochmals eine richtige Fernreise unternehmen, aber nächstes Jahr eine Fahrradtour im eigenen Land.“

Die Gegenwart ist uns am wichtigsten. Lebe das Heute. Die Zukunft ist umso unwichtiger, je weiter weg. Keiner macht Pläne, was er 2035 oder 2040 unternehmen wird.

Die Zukunft ist mit Unsicherheit behaftet: wer weiß, ob ich dann überhaupt noch lebe. Wir stellen das Wohlfühlen im Jetzt über die zusätzlichen Anstrengungen in der Zukunft, die notwendig sein werden, um den übermäßigen Genuss im Heute zu kompensieren. Um z.B. die Gesundheit später wieder herzustellen.

Abzinsen: die Vorzüge eines emissionsintensiven Lebens heute wiegen schwerer als langfristige Nachteile, die sich erst in der Zukunft zeigen werden und die zum Großteil nicht mehr uns selbst treffen. Die Vorteile in der Zukunft werden „abgezinst“, d.h. sie verlieren an Wert im Heute. Die Gegenwart wiegt schwerer.

AUSREDE 5 „Es ist zu spät und eh schon egal.“

Im Klimaschutz lautet die Devise in der Regel: „So schnell wie möglich, am besten gleich.“ Mit jedem Jahr verschlimmert sich die Situation, die Hitzewellen werden häufiger, die Tropennächte werden normal. Wenn keine Änderungen bei der Minderung der Emissionen, werden die Folgen des Klimawandels noch gravierender.

Dagegen wird gesagt: „Ich kann nichts tun“, was meist heißt: ich will nichts tun. Es ist eine erlernte Hilflosigkeit, die als Selbstschutz dient. Der Klimafatalismus („Es ist ohnehin alles schon zu spät) ist der Todesstoß für individuellen und gemeinschaftlichen Klimaschutz. Wenn jemand davon überzeugt ist, dass er nichts bewirken kann, dann stellen sich individuelle Klimaschutzbemühungen als sinnlos dar.

AUSREDE 6 „Ich bin kein grüner Öko-Freak.“

Klingt so, als wäre der Klimawandel eine Erfindung von grünen Öko-Spinnern, als wäre der Klimaschutz nicht eine Menschheitsaufgabe, sondern eine Spinnerei von Freaks. Diese Personen werfen den Grünen und den Klimaschützern insgesamt vor, eine Verbotsparterie zu sein.

Es geht hier um eine Wahrnehmungsverzerrung auf psychologischer Ebene: Informationen, die nicht in unser Bild vom Sachverhalt passen, werden abgelehnt. Einfacher ist es, bestehende Anschauungen unter Gleichgesinnten laufend zu bestätigen und zu aktualisieren. Weltbilder und Wertvorstellungen sind sehr stabil. Radikale Änderungen sind selten. Sie prägen nicht nur die Meinung, sondern auch die Informationsauswahl.

Der Grund für Filterblasen und Echokammern: Gleichgesinnte gruppieren sich und bestätigen sich die jeweilige Meinung gegenseitig. Das ist bequem. Diskussionen zwischen Andersdenkenden sind anstrengend. Eigene Erfahrungen und Anschauungen zählen mehr als neue Argumente.

AUSREDE 7 „Dann müsste ich ja meine Gewohnheiten ändern.“

Gewohnheiten sind ein essenzieller Teil unseres Alltags. Sie sind stabil, geben uns Sicherheit. Automatisierte Verhaltensweisen reduzieren den Energieaufwand.

Gewohnheiten: Routinen, die in soziale Strukturen eingebettet sind, sind mehr als bloß individuelle Angewohnheiten. Sie sind soziale Praktiken, die ständig wiederholt werden. Sie geschehen im sozialen Verband, weshalb sie nicht so leicht individuell aufgelöst werden können.

Beispiel Grillabend: Kollektiv gelebt soziale Praktik, die auf alle Gäste einen Druck ausübt. Wer nicht Fleisch isst, ist ein Spaßverderber.

Daraus folgen zwei Ausreden: 1) An klimaschädlichen Alltagsentscheidungen nicht so wir selbst schuld, sondern der soziale Autopilot. 2) Ich habe zu wenig Spielraum, weil ich eingebettet bin in verschiedene soziale Gruppen, die sich so verhalten.

AUSREDE 8 „Ich habe schon genug andere Sorgen.“

Laut Umfragen sind: 33-50% wegen dem Klimawandel sehr besorgt. 33% etwas besorgt, 20% nicht besorgt. 6% harte Klimawandelleugner. Doch konkret ist der Klimawandel bei den Sorgen ganz unten gereiht.

Wir reden darüber, wie wir mit der Hitze zurechtkommen, aber nicht darüber, wie wir den Klimawandel bremsen und eindämmen könnten. Der Klimawandel betrifft uns alle, und vor allem die nächsten Generationen. Aber für die große Mehrheit der Bevölkerung erscheint er noch als abstrakte Bedrohung, die wir schon mit viel Klimaanlage rechtzeitig meistern werden.

Klimafreundliches Handeln: wir könne nicht erkennen, wie sich unser positives Verhalten auf das Klima auswirkt. Es gibt kein Feedback. Ich werde z.B. nie einschätzen können, wie mein Asienflug das Klima aufheizt. Überdies habe ich schon eine Klimaanlage zuhause und eine Sommerfrischwohnung in den Bergen.

Den Menschen machen mögliche Einschränkungen aufgrund der Klimapolitik – z.B. die immer höheren Energiekosten – mehr Sorgen als die Folgen des Klimawandels aufs Gesamtsystem. Diese wird im Allgemeinen als gegeben hingenommen.

AUSREDE 9 „Ich bin ja im Allgemeinen sehr umweltfreundlich.“

Die meisten Menschen setzen Umweltfreundlichkeit mit Klimaschutz und Klimafreundlichkeit gleich. Das Klima spielt aber auf einer anderen Ebene. Das Ausstoßen von Kohlendioxid ist klimaschädlich, aber nicht unbedingt umweltschädlich. Das CO₂ ist ein Grundbestandteil der Erdatmosphäre, aber halt nur in Maßen (280 ppm statt den heutigen 430 ppm).

Doch wenn wir umwelt- und klimafreundlich sind, haben wir tagtäglich eine breite Palette an Möglichkeiten, den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren.

Moralisches Lizenzieren: umweltfreundliches Handeln in einem Bereich dient als Rechtfertigung, sich in anderen Bereichen nicht klimafreundlich zu verhalten. Beispiel: Mülltrennen, Stromsparen, Secondhand-Kleidung kaufen ist für sich genommen positiv. Das kann aber nicht dazu dienen, häufige Flugreisen zu rechtfertigen. In der Klimawirkung hebt das eine das andere keineswegs auf.

AUSREDE 10 – „Ich bezahle den Schaden.“

Beispiel: Der CO₂-Ausstoß einer Flugreise nach Peru kann mit einem 10 Euro-Beitrag zu Aufforstungsprogrammen in Lateinamerika kompensiert werden. Das ist sehr fragwürdig. Die psychologischen Mechanismen von Strafzahlungen oder Gebühreneintreibung: durch Bepreisung wird schlechtes Gewissen obsolet. Man kauft sich davon frei, wie bei einem Ablasshandel. „A fine is a price“: Wenn man in einem durch soziale Normen und moralische Verpflichtungen geprägtem System einen Marktmechanismus einführt, überschreibt dieser die davor gültigen Normen.

Billige Kompensationszahlungen: Ja, ich bin klimaschädlich, aber ich bezahle den Schaden. Niedrige Kompensationspreise schaden mehr als sie nutzen. Man kann alles mit einem Preis bewerten. Die Logik, natürliches und menschengemachtes Kapital als gleichwertig zu betrachten und damit austauschbar zu machen, wird als schwache Nachhaltigkeit bezeichnet. Aus psychologischer Sicht ist das gefährlich, denn der Preis überschreibt die Norm.

AUSREDE 11 „Ich weiß alles und bin mir sicher.“

Vermeintliches Wissen und zu viel Selbstvertrauen als Rechtfertigung dafür, nichts oder das Falsche zu tun. Vielen Menschen haben beträchtliche Wissenslücken, besser gesagt: sie überschätzen ihren Wissensstand und glauben nur, Bescheid zu wissen (z.B. gab es bei Fragen zum Ozonloch und zum Wasserdampf als Treibhausgas 60% falsche Antworten).

Wir tendieren dazu, unsere Kompetenz und unseren Wissensstand zu überschätzen. Unwissen und Inkompetenz, gepaart mit Selbstüberschätzung, eventuell noch gepaart mit krimineller Energie wie bei Trump und Konsorten haben ein zerstörerisches Potenzial.

Immer wieder kann man überrascht sein, wie selbstsicher Klimawandelleugner ihre Thesen vortragen, sich auf einen einzigen angeblichen Fachmann berufen, und die Einschätzung von 1000 anerkannten Wissenschaftlern des IPCC von 100 Universitäten der Welt leugnen. Hier geht es um Menschen, die bereits in ihrer Parallelwelt leben. Psychologen sprechen hier von „selbstwertdienlicher Wahrnehmungsverzerrung“. Positive Illusionen helfen, unser positives Selbstbild und unser Wohlbefinden aufrechtzuerhalten.

AUSREDE 12 „Es ist zu komplex.“

Genauer gesagt: „Wir können das Klimasystem nicht verstehen. Es ist zu komplex“. Und meinen damit aber auch die Wissenschaft. Genial: weil wir angeblich komplexe Zusammenhänge nicht verstehen, ist unser Verhalten egal. Wir müssen es nicht mehr hinterfragen.

Es beginnt schon mit der fehlenden Unterscheidung zwischen komplex und kompliziert. Wenn etwas nur schwer zu verstehen ist, ist es kompliziert. Das Gegenteil davon ist „einfach“.

„Komplex“ ist eine Systemeigenschaft. Das gesamte ist mehr als die Summe der Teile. Es gibt viele Einflussfaktoren und Variablen auf mehreren Ebenen und mit mehreren Rückkopplungseffekten. Menschengemachte Systeme sind in der Regel komplex, aber nicht unverständlich.

In der Wissenschaft wird alles gemessen und miteinander in Beziehung gesetzt. Klimawissenschaftler müssen z.B. die Wahrscheinlichkeit und die Zeitpunkte der Kipppunkte berechnen. Vielen ist z.B. die Dauer und Irreversibilität des Klimawandels nicht bewusst. Das CO₂ bleibt für Jahrhunderte in der Atmosphäre. Wenn ab heute kein CO₂ mehr ausgestoßen würde, bleibt die Erderhitzung für Jahrhunderte bestehen. Auch wenn wir längst klimaneutral wirtschaften, wird der Meeresspiegel immer noch ansteigen. Unsere Enkel und Nachfahren werden die um +3° heißere Welt richtig stark verspüren und uns verfluchen.

AUSREDE 13 „Ich hatte ja gute Absichten, oder ich habe es nur gut gemeint.“

Unser Weg ins Verderben ist gepflastert mit guten Absichten. Zwischen Absicht und Ergebnis klafft aber oft eine Riesenlücke. „Das meiste Unheil wird von Menschen mit guten Absichten angerichtet“.

Beispiel: Biotreibstoffe hergestellt aus Pflanzenölen werden dem Biodiesel beigefügt. Dafür müssen riesige Flächen von Regenwald gerodet werden, die für die Pflanzung von Palmölplantagen dienen. Dieser Regenwald dient eigentlich als CO₂-Senke.

Nicht nur Normalverbraucher sind von dieser Verhaltensweise betroffen, sondern auch politische Entscheidungsträger. Wie viel Fehlentscheidungen, weil Politiker zwar gute Absichten, aber einen überholten Erkenntnisstand hatten.

AUSREDE 14 „Ich bin für die Misere nicht verantwortlich.“

Auf Distanz gehen zum Klimawandel auf drei Arten:

- a) Räumlich: ich nehme ihn wahr als einen Vorgang, der seine Wirkungen vor allem weit weg, im Pazifik oder im Sahel-Gebiet entfaltet, oder vielleicht in einigen Gegenden des Mittelmeerraums, wo immer wieder der Wald brennt. Aber nicht bei uns.
- b) Zeitlich: ich nehme den Klimawandel wahr als ein Phänomen, das erst in Zukunft wirklich heftig eintreten wird, wenn ich längst nicht mehr da bin.
- c) Psychologisch: der Klimawandel ist ein abstrakt statistisches Problem, das man im Alltag kaum spürt, wenn man aus dem Fenster schaut. Wo keine ernste Bedrohung, dort auch kein unmittelbarer Anlass, etwas zu tun. Erst das persönliche Erleben von Klimawandelfolgen steigert die Motivation, auch etwas zu tun.

Außer es überwiegt der Fatalismus (vgl. Ausrede 5): es ist schon alles zu spät, jetzt kann man nichts mehr tun, denn der Schaden ist schon angerichtet.

AUSREDE 15 „Alle anderen sind schuld.....“

Vorherrschende soziale Normen prägen unser Verhalten. Soziale Normen (verbreitete Einstellungen (vor allem im Freundeskreis, in der peer-group und Familie) geben dem inneren Autopiloten eine Richtung. Beim Klimawandel: wenn soziale Normen nicht klimagerecht sind, entlastet das, denn es hält sich ja keiner dran.

Viele soziale Normen und verbreitete Verhaltensweisen sind in der Tat nicht klimafreundlich. Vegane Nichtflieger, die mit Wärmepumpe heizen und nur Second-Hand-Kleidung tragen, sind die Ausnahme.

In der Regel möchten wir zu einer Gruppe gehören. Es kann schmerzhaft sein, mit dem eigenen Freundeskreis oder der eigenen Familie in Konflikt zu treten. Klimafreundlichkeit stellt sich nur schwer ein, wenn die Normalität ringsherum anders aussieht. Das Verhalten anderer bietet uns oft eine Ausrede für klimaschädliches Verhalten.

AUSREDE 16 „Aber in China.....“

Wir haben beim Klimawandel eine sonderbare „Weitsichtigkeit“: wir nehmen die Umweltprobleme und den Klimaschaden bei uns weniger tragisch als den in der Ferne wahrgenommenen. Die Chinesen produzieren viel Strom mit Kohle und Gas, fahren immer Auto, essen viel Fleisch, unternehmen immer mehr Fernreisen. Also halt so wie wir Europäer auch seit jeher. Was in entfernten Gegenden passiert, nehmen wir wichtiger, und fühlen uns weniger verantwortlich. Im Inland müssen wir nichts machen. Im Ausland können wir nichts machen. Somit sind wir fein heraußen.

Diese Art von Weitsichtigkeit (wir sehen in der Ferne gut, in der Nähe schlecht) ist eine hilfreiche Art psychologischer Distanzierung. Dabei wird vergessen:

1. Der globale Süden muss aus der Not heraus auf fossile Brennstoffe setzen, weil das Kapital für große Anlagen mit erneuerbarer Energie fehlt.
2. China hält zwar einen Anteil von rund 30% an den globalen THG-Emissionen, produziert aber für die ganze Welt und hat pro Kopf immer noch einen geringeren CO₂-Ausstoß als die USA, Kanada, Russland, Australien.
3. Die alten Industrieländer haben in der Geschichte seit der Industrialisierung gewaltig viel CO₂-ausgestoßen. Woher nehmen wir das Recht den globalen Süden anzuklagen, wo wir doch aufgrund billiger fossiler Energie groß geworden sind.

AUSREDE 17 „Ich kann und will es nicht mehr hören.“

Immer wieder, immer noch gibt es Medienberichte, Appelle und Warnungen. Viele reagieren nur mehr mit Achselzucken: „Ich kann das nicht mehr hören.“ Die emotionale Erregung verliert in der Zeit an Intensität. Negativszenarien, wie z.B. Kriege, stumpfen mit der Zeit ab. Wenn ein Problem sehr akut ist oder man selbst Teil einer Protestbewegung mit Demos, Streiks und Aufklärung ist, dann steigt die Motivation. Wenn nicht emotional einbezogen und engagiert für ein Anliegen, und wenn das Thema keine Priorität im Alltag hat, rückt es schnell in den Hintergrund.

Beim überwiegenden Teil der Bevölkerung hat der Klimawandel nicht mehr Priorität. Man nimmt ihn schon als unvermeidlich hin. Neues zum Klimawandel rüttelt nicht mehr auf. Hitzewellen im Sommer lösen als Reaktion Investitionen in Klimaanlage aus, nicht den Beitritt zu FFF.

AUSREDE 18 „Sicher ist nur der Tod.“

Risiken, Unsicherheiten und Wahrscheinlichkeiten führen zu folgenschweren Missverständnissen, weil wir diese Konzepte nicht richtig verstehen.

Risiko: möglicher Schaden x Eintrittswahrscheinlichkeit

Prognose: bei jeder seriösen Prognose wird auch Irrtumswahrscheinlichkeit genannt.

Unsicherheit: spielt auch in der wissenschaftlichen Forschung eine große Rolle. Auch der Weltklimarat ist immer bestrebt, in seinen Gutachten Wahrscheinlichkeiten zu quantifizieren.

Tatsache: Weltbilder beeinflussen unsere Risikowahrnehmung. Beispiel Corona-Pandemie: bei Impfung gibt es ein Risiko von 0,0002%, eine Thrombose auszulösen. Grund für Impfgegner, die Impfung abzulehnen. Andererseits stehen die Erfolgchancen bei einer Impfung 80%:20%. Ein Grund, die Impfung abzulehnen?

Wie wird sich der Klimawandel auswirken? Nicht alles ist 100%ig sicher, vor allem ist nicht bekannt, wer, wo und wie stark betroffen sein wird. Aber allein schon die hohe Wahrscheinlichkeit, dass es zu immer mehr Waldbränden kommen wird, muss uns zu Vorsicht und Vorkehrungen drängen.

AUSREDE 19 „Neue Technologien werden das Klima retten.“

Technologie ist der Strohalm, an den wir uns klammern, mit dem wir die Hoffnung verbinden, dieses Problem zu lösen, ohne unsere gewohnten Lebensweisen zu ändern. Es geht auch Verlustangst: wir schätzen, was wir haben und wollen es nicht verlieren. Weder Besitztümer noch Verhaltensweisen und Lebensgenuss.

Beispiel motorisierter Individualverkehr: mehr aktive Mobilität würde Gesundheit, Umwelt, Klima, Finanzen fördern, stellt aber eine Bedrohung für alte Gewohnheiten und Freiheitsvorstellungen und Geschäftsmodelle dar.

Soziotechnische Systeme: man kann menschliches Verhalten, Technik, wirtschaftliche und soziale Systeme nicht getrennt voneinander sehen. Technik allein kann des Klimawandel nicht lösen (z.B. ist das Carbon, Capture und Storage CCS sehr teuer).

Der Rebound-Effekt: mit neuer Technik, z.B. batterieelektrische Autos, werden alte fossile Fahrzeuge ersetzt, damit wird zwar Energie gespart. Wenn mit diesem Auto mehr, weiter und mit größerem Auto gefahren wird, hebt sich die erzielte Einsparung wieder auf.

AUSREDE 20 „XY hat gesagt.....“

„Wer nichts weiß, muss alles glauben.“ (M. von Ebner-Eschenbach)

Unternehmen investieren viel ins *Greenwashing*, wollen sich einen Anstrich von Nachhaltigkeit geben, weil dies bei bestimmten Kundenkreisen gut ankommt. Unternehmen und ihre Berater und Werbeagenturen wissen, dass Kunden in wenigsten Fällen nachrecherchieren, ob die Kriterien gut und vollständig sind, und ob sie wirklich erfüllt werden.

Oft gibt es bewusste Irreführung zum Schaden der Unternehmen, die ehrlich und wirklich klimafreundlich sind. Im Tourismus werden oft emissionsintensive Bereiche einfach ausgeblendet, wie z.B. die Mobilität. Was soll ein nachhaltiges Bio-Buffer auf Lanzarote, wenn man mit dem Flieger allein schon auf dem Weg dorthin 2 t CO₂ in die Luft pustet?

Bitterer Nachgeschmack: Klimaschutz und Nachhaltigkeit werden auch dann nicht ernst genommen, wenn es zutrifft.

AUSREDE 21 „Ich habe noch genügend andere Gründe.“

Oft werden Entscheidungen aus dem Bauch heraus getroffen. Hinterher fallen einem eine Menge Rechtfertigungen dafür ein. Killerargument: „Ich schätze meine Freiheit und will mich nicht und von niemandem einschränken lassen.“ Wenn konkrete Entscheidungen anstehen, finden sich immer auch Gründe, die gegen klimafreundliche Entscheidungen stehen.

Beispiel 1: Wenn ich nicht fliege, tut es halt ein anderer.

Beispiel 2: Ich bin zu alt. Mich geht das alles nichts mehr an. Tatsächlich nimmt der CO₂-Fußabdruck mit dem Alter zu, weil Einkommen und Vermögen steigen. Erst im hohen Alter, wenn Fernreisen, Motorradfahren und Kreuzfahrten nicht mehr aktuell, dagegen das Altersheim bezahlt werden muss, geht der CO₂-Fußabdruck wieder zurück.

Beispiel 3: Wenn Prominente und Politiker sich glaubwürdig für Klimaschutz engagieren, müssen sie ihn auch vorleben. Und das fällt den meisten sehr schwer.

AUSREDE 22 „Klimaschutz schadet der Wirtschaft und damit auch uns.“

Man gewinnt den Eindruck, der Klimaschutz sei wirtschaftsfeindlich. Doch wieviel Wachstum wird es noch geben, wenn die Klimaschäden finanziell voll durchschlagen? Ohne wachsende Wirtschaft kein Wohlstand, doch ohne stabiles Klima keine Wirtschaft, hat Georg Kaser einmal eingewandt.

Es werden viele Gefahren für die Wirtschaft an die Wand gemalt: die Energie wird verteuert, die Unternehmen wandern ab, das Land ist nicht mehr wettbewerbsfähig. Also lieber mehr Hitze, Dürre, Brände, Wetterextremereignisse als ein Überdenken der Konsum- und Mobilitätsgewohnheiten, und

damit der Geschäftsmodelle. Gas- und Ölkonzerne machen immer noch Milliarden Gewinne. In der Tat: ihre Umsätze werden durch die Energiewende geschmälert.

Die meisten Argumente zu angeblich wirtschaftsschädigenden Auswirkungen des Klimaschutzes stimmen nicht. Vielmehr schaden der Klimawandel und der unterlassene Klimaschutz der Wirtschaft langfristig am meisten. Durch Klimaschutz und fossilfreie Energie werden die Wirtschaftsbedingungen langfristig stabilisiert. In der Übergangsphase wird die Fossilwirtschaft leiden und wird es Verlierer geben wie den Kohlebergbau. Aber insgesamt sind wir und der ganze Planet Gewinner, wenn wir die Erderhitzung aufhalten.

Keine Verzichtsdebatte

Technologie-Optimismus (wer kennt nicht das Wort von der Technologie-Offenheit) und Ablehnung von Verzicht sind häufige und beliebte Ausreden und Rechtfertigungen, nichts zu tun und nichts zu ändern.

Die Devise lautet: wir wollen nichts an unserem gewohnten Lebensstil aufgeben. Denn etwas aufgeben müssen, heißt eben Verzicht. Doch ist es tatsächlich Verzicht, mit der Bahn zu fahren, statt im Stau zu stehen? Ist es ein Verzicht, mit dem Rad schneller und gesünder weiterzukommen als mit dem Auto? Ist es ein Verzicht, die reiche vegetarische Kost zu genießen?

In der Diskussion um den Klimaschutz und klimafreundliche Verhaltensweisen muss nicht der Verzicht auf Konsumgüter und Lebensstil im Vordergrund stehen, sondern das, was auf dem Spiel steht, wenn man auf Klimaschutz verzichtet.

Erkenntnisse aus der Klimapsychologie

Wir wollten heute einige Muster der Argumentation und Rechtfertigung aufzeigen, warum wider besseres Wissen nicht klimafreundlich gehandelt wird. Zum klimafreundlichen Handeln gehört natürlich auch aktives Engagement, was nur eine kleine Minderheit tut und als Bürger und Bürgerin die Unterstützung jener politischen Kräfte, die den Klimaschutz ernst nehmen.

Auch wenn beim Klimaschutz und der CO₂-Minderung es ganz entscheidend auf die Politik ankommt, die die Regeln setzt, und auf die Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen ohne Rücksicht aufs Klima herstellen, liegt doch auch vieles in der Verantwortung von uns Bürgern. Die Mehrheit verhält sich nicht klimafreundlich. Für die meisten hat Klimaschutz keine Priorität. Die meisten wollen den gewohnten Lebensstil nicht wegen dem Klimawandel ändern. Viele Barrieren, viele Widerstände und Ausreden. Insgesamt entsteht so auch aus psychologischen Gründen eine ablehnende, konservative Haltung in der Gesellschaft, die den aktiven Klimaschutz und eine konsequente Klimapolitik behindert.

4. Zur Kritik der Grünen Ökonomie

Als „Wunder von Paris“ wurden die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz Ende 2015 gefeiert. Also alles Friede, Freude, Eisbärgucken, Erde gerettet und flugs zurück in den Einkaufsrummel? Nicht zu schnell, denn selbst wenn die Einigung von Paris verglichen mit den Ergebnissen vergangener Konferenzen ein Erfolg war: konkrete, verbindliche Zusagen fehlen. Die Autoren des Buchs *Kritik der Grünen Ökonomie. Zauberformel oder Irrweg?* (Thomas Fatheuer, Lili Fuhr und Barbara Unmüßig, OEKOM 2015) nennen dagegen konkrete Zahlen: Schätzungen zufolge müssen Subventionen für Fossilenergien im Wert von jährlich rund 500 Milliarden Dollar gestrichen und die Kohlenstoffintensität des Wachstums muss bis ins Jahr 2050 radikal gesenkt werden, damit die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius begrenzt werden kann. Vertreter der grünen Ökonomie glauben offenbar an Wunder, wenn sie meinen, diese Mammutaufgabe allein mithilfe von marktbasiertem, grünem Wachstum stemmen zu können. Ohne Ressourcenverzicht, Umverteilung und einen radikal veränderten Lebenswandel, so die Autoren, kommen wir nicht davon. Hier einige zentrale Inhalte dieses Buchs in Kurzfassung, redigiert von *getAbstract*.

Take-aways

- Mehr als 20 Jahre nach dem Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 steigen die Treibhausgasemissionen weiter.
- Die Strategie, mit mehr Innovationen, freien Märkten und Konsum aus der Krise zu wachsen, hat sich als Sackgasse erwiesen.
- Die Welt hat kein Produktions-, sondern ein Verteilungsproblem.
- Ein Europäer verbraucht sechsmal mehr Ackerfläche, als ihm eigentlich zustünde.
- Die grüne Ökonomie möchte die Natur der Wirtschaft unterordnen und nicht umgekehrt.
- Viele Innovationen nutzen zuallererst den Unternehmen, die sie entwickeln.
- Effizienzgewinne werden zur Hälfte vom Rebound-Effekt aufgezehrt, indem sie noch mehr Konsum anstoßen.
- Die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch ist praktisch unmöglich.
- Die globale Mittel- und Oberschicht muss verzichten und mit weniger Ressourceneinsatz anders leben.
- Es gilt, die Macht der Wirtschaftslobbys zu begrenzen und die notwendige Transformation demokratisch zu legitimieren.

Zusammenfassung

„Weiter so“ geht nicht

In der Wissenschaft herrscht weitgehend Konsens: Der Klimawandel, die Zerstörung von Ökosystemen und das Artensterben haben dramatische Ausmaße erreicht. Viele der sogenannten Kipp-Punkte, an denen unbeherrschbare Kettenreaktionen drohen, stehen bevor oder sind bereits überschritten. Dennoch ist zwischen 2000 und 2010 der Treibhausgasausstoß durch Menschen stärker gewachsen als je zuvor – also in einem Zeitraum, in dem nach dem Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 viele Klimaverträge unterschrieben und einige Initiativen umgesetzt worden waren. Wenn die Erderwärmung auf 2 Grad begrenzt werden soll, stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen: Wir dürfen nur etwa 10 Prozent der bekannten Kohlereserven, ein Drittel der Erdölreserven und die Hälfte des Erdgases verbrauchen.

Zwar sind erneuerbare Energien weltweit auf dem Vormarsch, doch sie wachsen parallel zu den konventionellen. Der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergiemix liegt derzeit bei unter 10 Prozent.

„Nicht alles, was unter grüner Flagge segelt, verdient auch diesen Namen.“

Ein „Weiter so“ ist angesichts der Grenzen unseres Planeten ausgeschlossen. Die Frage ist, wie eine neue, nachhaltigere Ökonomie aussehen soll. Sind mehr technische Innovationen, mehr freier Markt und mehr grüner Konsum, bei dem versucht wird, ökologische und ökonomische Aspekte zu verschmelzen, der richtige Weg? Oder müssen wir, die Menschen in den Wohlstandsgesellschaften, unser Leben am Ende doch umkrempeln, begrenzte Ressourcen teilen und uns mit weniger zufrieden geben? Um diese Fragen ist eine Kontroverse entbrannt.

0,2 Hektar Ackerfläche für jeden Menschen

Bis 2050 steigt die Weltbevölkerung voraussichtlich auf 9 bis 10 Milliarden Menschen. Trotz des massiven Einsatzes von Düngern und Pflanzenschutzmitteln steigt die Lebensmittelproduktion pro Hektar jedoch langsamer als erhofft – durchschnittlich um rund 1 Prozent jährlich. Hinzu kommt, dass die industrialisierte Landwirtschaft ihrerseits massiv zum Klimawandel beiträgt, Gewässer und Böden verseucht und für das massive Artensterben mitverantwortlich ist. Allein seit 1970 ist die Zahl der Tierarten auf der Erde um über die Hälfte zurückgegangen.

„Die Debatte um die grüne Ökonomie erhitzt die Gemüter, weil es um viel mehr geht als um Umweltschutz: Wie wollen wir in Zukunft leben?“

Tatsächlich haben wir kein Produktions-, sondern ein Verteilungsproblem: Wenn die globalen Ackerflächen fair aufgeteilt würden, dann stünden jedem Menschen jährlich 0,2 Hektar zur Verfügung, weniger als ein Drittel eines Fußballfelds. Tatsächlich verbraucht jeder Europäer im Durchschnitt mehr als das Sechsfache. Die steigende Nachfrage und der Wettbewerb um Landflächen haben zum Landgrabbing durch reiche Investoren geführt, in dessen Folge Kleinbauern, Nomaden und indigene Bevölkerungsgruppen von ihrem Land vertrieben werden.

Eine Frage der Gerechtigkeit

Seit 1980 nimmt die Ungleichheit zwischen den Ländern und innerhalb von Gesellschaften kontinuierlich zu. Zwar gehören heute 20 Prozent der Weltbevölkerung zur Mittel- oder Oberschicht. Doch diese Gruppe lebt auf Kosten der Armen, der Natur und nachfolgender Generationen.

„Ökonomie wird zum Ganzen, Ökologie zum Teilsystem erklärt, statt umgekehrt. Diese grüne Ökonomie definiert Natur neu, nicht die Wirtschaft.“

Es ist paradox: 2016 wird das reichste Prozent der Menschheit voraussichtlich genauso viel besitzen wie die restlichen 99 Prozent. Gleichzeitig leiden 2 Milliarden Menschen Hunger, sind fehl- oder unterernährt. Die Zahlen machen deutlich, dass Wirtschaftswachstum allein nicht ausreicht, um Gesellschaften aus dem Elend zu befreien. Ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit sind zwei Seiten einer Medaille: Die Wohlhabenden müssen ihren Ressourcenverbrauch einschränken, damit Minderbemittelte einen Weg aus der Armutsfalle finden.

Ein grüner New Deal

Liegt die Antwort auf die enormen Herausforderungen in einem „Green Deal“, das heißt einem keynesianischen Konjunkturprogramm mit Schwerpunkt auf umweltverträglichem Wachstum? Sollen wir die Erde neu vermessen und sie als Naturkapital berechnen? Die vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), von der OECD und von der Weltbank vorgelegten Konzepte schließen

wachstumskritische Alternativen kategorisch aus. Grüne Ökonomie kann demnach nur im Wachstumskontext gedacht werden. Es geht um Folgendes:

- **Erfassung von Naturkapital:** Natürliche Ökosysteme sollen einen Preis bekommen. Sie zu zerstören, soll etwas kosten. Ökosysteme und deren Leistungen werden deshalb gemessen, bewertet und monetarisiert, etwa der Beitrag eines Waldes zur CO₂-Speicherung. Kritiker wenden ein, dass dadurch Marktversagen mit noch mehr Markt therapiert wird. Die Natur wird der Wirtschaft untergeordnet und nicht umgekehrt.
- **Emissionshandel:** CO₂-Märkte haben erstmals einen Schadstoff mit einem Preisschild versehen. Dessen Produktion und Vermeidung wurde handelbar. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Emissionshandel sind allerdings ernüchternd: Die Preise für CO₂-Zertifikate sind im Keller. Profitiert haben vor allem Finanzmarktakteure und einige Großunternehmen, während die Wirkung auf das Klima null bis negativ war.
- **„Netto-Null“ – Umweltschutz mit Offsets:** Wer mit ruhigem Gewissen von Berlin nach New York fliegen will, kann bei einem der zahlreichen Anbieter für Kompensationen von CO₂-Emissionen etwa für 45 Euro ein Aufforstungsprojekt in Lateinamerika finanzieren. Das Problem: Projekte, die ohnehin stattgefunden hätten, werden durch den Zertifikatsverkauf noch profitabler – und die Emissionen steigen munter weiter. Umweltschützer kritisieren das als „Licence to Trash“.

Warten auf den Weihnachtsmann: Innovationen

Der Schlüssel zur grünen Ökonomie liegt in den Innovationen. Sie sollen die Effizienz steigern, knappe Ressourcen ersetzen und grünes Wachstum generieren. Technologisch anspruchsvolle und kurzsichtige Lösungen, die im Interesse der großen Konzerne liegen, haben dabei meist Vorrang vor sozial gerechten und langfristigen Konzepten:

- **Beispiel Saatgut:** Anstatt lokales Wissen zu nutzen und Vielfalt in den Anbaumethoden zu fördern, fließt derzeit fast die Hälfte aller privaten Forschungsgelder in den Maisanbau, der von wenigen Multis kontrolliert wird.
- **Beispiel Stahl und Zement:** Die Produktion dieser CO₂-intensiven Stoffe ist in den vergangenen Jahrzehnten weitaus schneller gewachsen, als die Produktionseffizienz gesteigert werden konnte.
- **Beispiel Auto:** Der Autoverkehr ist in Deutschland gleichzeitig führend beim verkehrsbedingten Schadstoffausstoß wie auch Schlusslicht bei der Reduzierung von Emissionen – sie konnten zwischen 1990 und 2010 um gerade mal 6 Prozent gesenkt werden. Autos werden sparsamer, aber auch immer größer und leistungsstärker.

„Die Netto-Null-Idee läuft darauf hinaus, dass die Welt weiter Emissionen produzieren kann, solange es einen Weg gibt, diese auszugleichen.“

Innovationen entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern werden von politischen und wirtschaftlichen Interessen gelenkt. Dass das nicht unbedingt im Interesse der Umwelt oder des Verbrauchers geschieht, versteht sich von selbst.

Die Illusion der Entkopplung

Effizienzgewinne machen die Ressourcenverschwendung oft erst möglich: Ein Rebound-Effekt tritt etwa dann ein, wenn sich jemand erstmals einen Wäschetrockner anschafft, weil die neuen Geräte energieeffizienter sind als die alten. Einige Experten gehen davon aus, dass dadurch die Hälfte aller

Effizienzgewinne wieder aufgezehrt wird. Realistisch betrachtet ist die viel beschworene Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch unmöglich. Denn um die Erderwärmung bis 2050 auf 2 Grad Celsius zu beschränken, müsste die CO₂-Intensität des globalen Wachstums jährlich um 6 bis 7 Prozent sinken. Im Jahr 2013 betrug diese Rate nur 1,2 Prozent. Und jedes Jahr, in dem wir hinterherhinken, hebt die Latte für die Zukunft weiter an.

„Es geht nicht darum, ob ‚wir‘ oder die Gesellschaft für oder gegen Technik oder Innovationen sind. Niemand wünscht sich in die Zeit zurück, als Operationen ohne Narkose durchgeführt wurden.“

Ein weiteres Beispiel für ökonomisches Wunschdenken ist die Landwirtschaft: Hier fordert die grüne Ökonomie nicht weniger als eine neue grüne Revolution. Dumm nur, dass ihr historisches Vorbild in den 1960er- und 1970er-Jahren vor allem auf dem Einsatz synthetischer Stickstoffdünger und damit großer Mengen fossiler Energien beruhte. Heute wird ein Drittel mehr Kalorien produziert, als man bräuchte, um alle Menschen satt zu machen. Genau das gelingt aber nicht. Es ist offensichtlich, dass die Erträge nicht erhöht, sondern gerechter verteilt und genutzt werden müssen.

Leere Versprechungen

Als besonders vielversprechend gilt den Innovationspredigern die synthetische Biologie. Sie macht mithilfe gentechnischer Verfahren jede beliebige Bakterie oder Mikrobe zu einer Art Minifabrik, die bei entsprechender Fütterung, zum Beispiel mit Zucker, Stoffe wie Benzin oder Vanillearoma herstellen kann. Doch die Risiken sind enorm: Was passiert, wenn synthetisch hergestellte, sich selbst vermehrende Organismen in die Umwelt gelangen? Wie sauber ist die Energiebilanz tatsächlich, wenn im großen Stil Zucker eingesetzt wird? Und was geschieht mit den Menschen, die ihre Arbeit an diese Minifabriken verlieren?

„Neue Technologien wie CCS sollen das fossile Zeitalter verlängern und es nicht überwinden.“

Auch das Geoengineering hat viele Anhänger, zuallererst unter Vertretern der Industrien, die durch den Umstieg auf erneuerbare Energien obsolet werden. Am realistischsten erscheint die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), seit einiger Zeit auch in Verbindung mit Biomasse (BECCS). Vor allem große Fossilunternehmen investieren in diese Technologie: Es werden großflächig Bäume angepflanzt, die CO₂ aufnehmen und die man dann zur Energiegewinnung verbrennt; das dabei entweichende CO₂ wird gespeichert. Bei Licht betrachtet ist das eine Lachnummer: Um beispielsweise 1 Milliarde Tonnen CO₂ auf diese Weise abzubauen, bräuchte man geschätzt das 14- bis 65-Fache der Flächen, auf denen die Amerikaner derzeit Mais für die Ethanol-Herstellung anbauen. Die CO₂-Bilanz wäre in vielen Fällen sogar negativ.

„Die Marginalisierung der Politik ist nicht ein Nebeneffekt der marktbasierten Ansätze, sondern liegt in ihrem Wesen.“

Fazit: Das Wunder der Innovation ist ausgeblieben. Viele Neuerungen verschärfen alte Probleme und schaffen gleichzeitig neue, wie im Fall der Agrartreibstoffe. Die Frage sollte nicht sein, wie unsere Volkswirtschaften ressourceneffizient weiterwachsen können, sondern wie wir mit weniger Ressourceneinsatz anders und besser leben können. Dekarbonisierung und Dematerialisierung müssen an erster Stelle stehen. Wahre Innovation bedeutet, in diesem Sinne ganz neue Formen der Mobilität, des Zusammenlebens und des Wirtschaftens zu entwickeln.

Der Markt wird es nicht richten

Seit dem Siegeszug des Neoliberalismus in den 1980er-Jahren ist Umweltschutz auch in Wirtschaftskreisen mehrheitsfähig – allerdings nur die Variante, die keinerlei Vorschriften macht und einzig den Marktgesetzen gehorcht. Das Credo der Wirtschaftsvertreter lautet: Wir schaffen das, wenn

die Politik uns nur in Ruhe lässt. Leider hat die grüne Ökonomie ihre Rechnung weitgehend ohne die Gesellschaft gemacht: Soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und demokratische Mitbestimmung sind bestenfalls Randthemen. Mehr noch: Das Primat der Ökonomie nimmt vielen Menschen ihr gutes Recht, Nein zu sagen.

„Die ökonomische Konstruktion der Natur als Naturkapital desozialisiert die Natur.“

Märkte allein schaffen keine Gerechtigkeit. Zwar gibt es lobenswerte Ansätze wie die Fair-Trade-Bewegung oder ethische Investments. Doch deren Marktanteil verharrt auf anhaltend niedrigem Niveau zwischen 1 und 2 Prozent. Marktbasierte Anreize müssen von staatlicher Regulierung und Umverteilungsmechanismen flankiert werden. Da reicht es nicht, einfach nur den CO₂-Ausstoß teurer zu machen – im Zweifel trifft das vor allem den Kleinverdiener, während der SUV-Besitzer die gestiegenen Benzinpreise aus der Portokasse zahlt. Wir brauchen eine offene Debatte und demokratische Entscheidungsprozesse darüber, wie der Herausforderung begegnet werden soll. Denn gerade in den Ländern des Südens fühlen sich immer mehr Menschen von den Vertretern der grünen Ökonomie über den Tisch gezogen.

„Jede Vision von Wohlstand für alle Erdenbürgerinnen und -bürger muss sich mit den Fragen auseinandersetzen: Wem gehört die Natur? Wer hat Zugang, wer kontrolliert die Ressourcen, und wie verteilen wir sie untereinander?“

Es geht darum, allen Menschen heute und in Zukunft ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Und es geht um politische Macht. Das Ergebnis der anstehenden Transformation wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, den Einfluss mächtiger Wirtschaftslobbys zu begrenzen und Entscheidungen demokratisch zu legitimieren. An Alternativen zum Status quo mangelt es nicht, wohl aber am Willen, diese umzusetzen.

Das Buch: Thomas Fatheuer/Lili Fuhr/Barbara Unmüßig, *Kritik der Grünen Ökonomie. Zauberformel oder Irrweg?*, OEKOM 2015

Die Autoren: **Thomas Fatheuer** ist Sozialwissenschaftler, er lebt als Autor und Berater in Berlin. Zuvor leitete er das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Brasilien. **Lili Fuhr** ist Referentin für internationale Umweltpolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung. **Barbara Unmüßig** ist Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung und beschäftigt sich mit sozialen Aspekten der Globalisierung.

Getabstract: <https://www.getabstract.com/de/>

5. Eine Politik der Suffizienz - Konsum innerhalb der planetaren Grenzen

Die planetaren Grenzen sind keine ideologischen Konstrukte, sondern beschreiben die Grenzen der Belastbarkeit unseres Ökosystems. Eine dieser Grenzen ist die Erdatmosphäre, die nicht grenzenlos mit Treibhausgas angereichert werden darf. Obwohl die Grenzen des Wachstums seit 1972 erkannt worden sind, steigt der weltweite Material- und Energieverbrauch weiter an. Seine Rechtfertigung findet grenzenloses Wirtschaftswachstum meist im Konsumbedarf und in den Konsumwünschen der Menschen, die als grenzenlos gelten. Wo Milliarden Menschen noch nicht mal alle Grundbedürfnisse befriedigt sind, schwelgt ein Teil der Bevölkerung des globalen Nordens in übermäßigem Konsum als Selbstzweck. Die Idee der Suffizienz ist kein moralischer Appell zum Verzicht, sondern ein politischer Ansatz zur regelbasierten, gesellschaftlich vereinbarten und sozial fairen Konsumbeschränkung.

1. Nicht nur der Energieverbrauch ist zu hoch

Mit Beginn des Industriezeitalters vor 250 Jahren haben wir in jeder Hinsicht eine gewaltige Beschleunigung erlebt. Allein in den letzten 100 Jahren hat sich die Anzahl der Menschen auf der Erde vervierfacht, der Ressourcenverbrauch hat sich verachtfacht, der Energieverbrauch verzehnfacht. Wo soll dieses Wachstum hinführen? Vor 50 Jahren hat man weltweit noch 3 Millionen Fahrzeuge produziert. Jetzt sind wir bei 110 Millionen Fahrzeugen im Jahr. Heute gibt es 1,5 Milliarden Autos auf der Erde. Diese Entwicklung geht in die völlig verkehrte Richtung. Nicht nur der Verbrauch an Energie, sondern auch an Material steigt weiter, aber nicht ohne Folgen. In verschiedenen Bereichen liegen wir schon längst im roten Bereich: bei der Artenvielfalt, in der Belastung der Erdatmosphäre, bei der Versauerung der Meere, dem Stickstoff-Phosphor-Kreislauf und der Ausbringung von chemischen Stoffen in die Umwelt. Neben der Energiewende ist also eine Materialwende gefragt, doch nicht in Aussicht.

Die Konsumfreiheit, die unüberschaubare Warenvielfalt, der permanente Erweiterung der Konsummöglichkeiten – das gehört zu den Grundpfeilern des heutigen Lebensgefühls und hoher Lebensqualität. Die Fülle des Angebots auf den Märkten - heute immer mehr digital über Plattformökonomie und online-Handel erschlossen - gilt als unverzichtbare Errungenschaft einer modernen Industriegesellschaft. Ältere Menschen, die noch karge Zeiten mit knapper Versorgung in Erinnerung haben, empfinden die heutige Fülle der Warenwelt als Befreiung. Genauso die Bevölkerung der ehemals realsozialistischen Länder, deren Zentralverwaltungswirtschaft weder die Vielfalt noch die Quantität des Warenangebots der westlichen Industrieländer erzeugen konnte.

Anders aber der Großteil der Weltbevölkerung, die sich vor allem im Globalen Süden nur das Lebensnotwendige erlauben konnte und kann. Dies hat sich in den Schwellenländern im Zuge ihrer aufholenden industriellen Entwicklung in den letzten 30-40 Jahren dramatisch verändert, doch es gilt nicht für die 50 am wenigsten entwickelten Länder. Die Warenvielfalt und Produktivität auf kapitalistisch organisierten Märkten haben nämlich im doppelten Sinn ihren Preis. Zum einen die monetären Preise, die sich der ärmere Teil der Weltbevölkerung und schon gar nicht die absolut Armen leisten können. Bei einer offiziellen Armutsgrenze laut Weltbank von 3 USD/Tag lebten 2025 808 Mio. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung – 3,77 Milliarden Menschen – leben in Armut, also von weniger als 8,30 US-Dollar pro Tag. Rund 2,3 Milliarden Menschen sind von moderater oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen. Diese Zahl stieg zwischen 2015 und 2024 um 42,6 Prozent¹. Die Zahl der absolut Armen hat sich weltweit seit 1990 kaum verringert. Auch Geringverdienenden in

¹ OXFAM Deutschland, Bericht zur sozialen Ungleichheit 2026, 19.1.2026

Industrieländern, die staunend durch die Glitzerwelt der Kaufhäuser wandern, bleibt ein höheres Konsumniveau versperrt.

Zum anderen hat es einen ökologischen Preis, denn der Material- und Energieverbrauch steigt überproportional gegenüber der Zahl der Konsumenten. Damit steigen auch Abfallvolumen und CO₂-Emissionen, für welche die Atmosphäre als Deponie erhalten muss. Der Konsum von Gütern und Dienstleistungen trägt wesentlich zum Klimawandel bei. Der durchschnittliche CO₂-Fußabdruck einer Person setzte sich 2025 in der EU zusammen aus 28% aus dem „sonstigen Konsum“, zu 22% aus Wohnen (Gebäudeheizung vor allem), 19% Mobilität und 15% Ernährung. Das Wachstum des Warenkonsums – kaum zu entkoppeln von Material- und Energieverbrauch – trägt maßgeblich dazu bei, dass wir in sechs Bereichen die planetaren Grenzen überschritten haben. Die CO₂-Minderung muss also auch beim allgemeinen Konsum ansetzen. So kommt der Gedanke der Suffizienz ins Spiel, im Sinne eines bescheideneren, weniger ressourcen- und energieintensiven Lebensstils.

2. Wohlstand jenseits von Wachstum

Bisheriges Versprechen kapitalistischer Wirtschaften war das permanente Wachstum, das Freiheit und Gleichheit und soziale Sicherheit ermöglicht. Heute ist dieses Versprechen ergänzt worden mit dem Green Deal: ökologische Effizienz, erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft und die Entkopplung von Wachstum und Energieverbrauch einerseits und Klimaschäden andererseits. Aber das ist eine Illusion der „Grünen Moderne“, nämlich, dass die Expansion der Produktion ökologisch unschädlich bewerkstelligt werden kann.² Es ist eine Illusion, durch Wissen, Innovationsbereitschaft und Technologie allein aus dem materiellen Nichts Wohlstand in Form von Investitions- und Konsumgütern zu schaffen, die selbst höchst materiell sind. Beim Materialkonsum lassen sich zwei Indikatoren unterscheiden:

- Der Material-Fußabdruck umfasst den Konsum von Material einschließlich der globalen Wertschöpfungsketten. Dieser Indikator schließt auch den Verbrauch der oft importierten Vorprodukte und Vorleistungen in der gesamten Lieferkette ein.
- Der Interne Materialverbrauch (*Domestic Material Consumption*) stellt den Nettoverbrauch von Material innerhalb eines bestimmten Territoriums (meist Staatsgebiet) dar.

In der EU lag der materielle Fußabdruck im Jahr 2024 bei 14,1 Tonnen pro Kopf und ist langfristig leicht rückläufig. Der DMC (*Domestic Material Consumption*, inländischer Materialverbrauch) wird für die EU im Jahr 2024 auf durchschnittlich zwischen 13 und 14 Tonnen pro Kopf geschätzt.³

Auf globaler Ebene wird der materielle Fußabdruck auf 11 bis 12 Tonnen pro Kopf und Jahr geschätzt. Der entsprechende Wert für die OECD liegt zwischen 12 und 20 Tonnen pro Kopf und Jahr. Während die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien mit jeweils mehr als 20 Tonnen pro Kopf deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegen – auch aufgrund des hohen Verbrauchs fossiler Energie –, schwankt der Pro-Kopf-Materialverbrauch in der EU zwischen 10 und 15 Tonnen pro Jahr.

² Fatheuer Thomas/Lili Fuhr/Barbara Unmüßig (2015), *Kritik der Grünen Ökonomie*, OEKOM; und Herrmann, Ulrike (2022), *Das Ende des Kapitalismus: Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind - und wie wir in Zukunft leben werden*, e-book Kiepenheuer&Witsch)

³ Quelle: European Environment Agency, *Europe's material footprint*, 3.11.2025

Der Trend ist rückläufig, doch der Verbrauch liegt weiterhin deutlich über einem nachhaltigen Niveau. Langfristig wird ein nachhaltiger materieller Fußabdruck von 6 bis 8 Tonnen pro Kopf als angemessen betrachtet. Das bedeutet, dass die EU ihren materiellen Fußabdruck etwa halbieren müsste.

Der materielle Fußabdruck Italiens wurde für das Jahr 2024 auf rund 606 Millionen Tonnen beziehungsweise 10,3 Tonnen pro Kopf geschätzt. Dieser Wert liegt unter dem EU-Durchschnitt von 14,1 Tonnen pro Kopf im Jahr 2024 und positioniert Italien unter den europäischen Ländern mit einer etwas geringeren Intensität der Materialnutzung.⁴

Ebenfalls im Jahr 2024 belief sich der inländische Materialverbrauch in Italien auf 486 Millionen Tonnen, was gegenüber 2023 einem Rückgang von 0,7 % entspricht. Die Ressourcenproduktivität stieg auf 3,76 Euro pro Kilogramm und bestätigte damit eine Verbesserung der Effizienz bei der Nutzung materieller Ressourcen in Italien. Um ein nachhaltiges Niveau zu erreichen, müsste Italien seinen Pro-Kopf-Materialverbrauch allerdings um etwa 3 Tonnen reduzieren.⁵

Erreicht wurde in den Industrieländern bisher bestenfalls eine zeitliche, stoffliche, systemische und vor allem räumliche Verlagerung der insgesamt zunehmenden Umweltschäden. Wenn einerseits die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch in Gang gekommen ist, sinkt der weltweite Materialverbrauch pro Kopf kaum. Das Entkopplungsnarrativ gilt relativ, doch versagen bloß technologische Lösungen zur effizienteren Nutzung der Ressourcen bei der absoluten Entkopplung. So ergeben sich drei Konsequenzen:

1. Der Mensch als Ausgangspunkt einer Transformation

Wenn der Planet physisch begrenzt ist und industrielle Produktions- und Konsumniveaus nicht vom Naturverbrauch entkoppelt werden können, aber die Lebensgrundlagen dauerhaft erhalten bleiben und globale Gerechtigkeit gewahrt werden sollen, muss es Obergrenzen für den von einem Individuum in Anspruch genommenen Wohlstand geben, sprich Energie- und Materialverbrauch. In Mitteleuropa haben wir heute einen Ausstoß von 11 t CO₂/Kopf im Jahr, klimaneutral wären maximal 1-1,5 t CO₂/Jahr. Der Materialverbrauch/Kopf liegt in der EU bei 14 t, nachhaltig wäre höchstens die Hälfte.

2. Systematische Handlungsunfähigkeit der Politik

Die kollektive Lösung wäre, Einschränkungen bisheriger Konsum- und Mobilitätspraktiken anzuordnen. Dies kommt in einer Wahldemokratie einem politischen Suizid gleich, weil solche Einschränkungen in einer Demokratie von der Mehrheit der Wählerschaft eher abgestraft werden. Einschränkungen zu gestalten und anzuwenden sowie diese Notwendigkeit zu kommunizieren, erfordert viel Übung und politische Reife.

3. Worst-case-Kompatibilität

Ökonomische und ökologische Krisen werden unvermeidbar bis hin zum Kollaps von ganzen Ökosystemen. Transformationsstrategien, die den *worst case* ignorieren, sind verantwortungslos. Das heutige Versorgungsniveau ist langfristig unter Wahrung der planetaren Grenzen nicht aufrechtzuerhalten. Doch die Politik drückt sich um konsequente Lösungen herum. Gebraucht wird ein Zukunftsentwurf, der die individuelle Fähigkeit stärkt, mit Knappheit auszukommen. Gefragt ist ein Versorgungs- und Lebensstil, der unabhängig vom derzeit hegemonialen Industrie- und Technologiekomplex in Einklang mit den natürlichen Ressourcen aufrechtzuerhalten ist.

⁴ Cristina Frizza, *Material Footprint*, ISPRA, 30.6.2025).

⁵ Cristina Frizza, *Material Flows and Resource Productivity*, ISPRA, 30.6.2025

Hier setzt die Postwachstumsökonomie: ausgehend vom Wert der Suffizienz (materielle Genügsamkeit) und Reorganisation eines dadurch reduzierten Bedarfs werden innere und äußere Wachstumsgrenzen in den Blick genommen. Zu den „inneren Grenzen“ gehört die Art des Konsums. Die Nutzer von Konsumgütern brauchen auch Zeit für die Wahrnehmung, die Auswahl und Nutzung der Konsumgüter. Bewusster Konsum ist zeitintensiv und kann nicht beliebig erweitert und beschleunigt werden. Alle menschlichen Aktivitäten konkurrieren um die nicht vermehrbare Ressource Zeit. Wenn zu viel in unsere Zeit gezwängt wird, entsteht Erschöpfung, Überforderung, Unbehagen, Stress.⁶

Die Alternative liegt auf der Hand: die Auswahl weniger Produkte und Aktivitäten, um diese intensiver auszuschöpfen; die Selbstbegrenzung beim Konsum, die graduelle Reduktion der angeschafften Güter, die sich zuhause ansammeln, der Verzicht auf Optionen. Weniger konsumieren entlastet die Zeit und die Psyche, nicht nur den Geldbeutel.

Suffizienz ist auch ökonomisch und sozialpolitisch plausibel begründbar, wenn maximale Schäden durch ein bestimmtes Konsumverhalten entstehen, das nicht gerechtfertigt werden kann. Es ist nötig, zwischen Grundbedarf und Luxus zu unterscheiden. Nicht gemeint sind hingegen Geringverdienende, wenn es um die Besteuerung von Weltreisen, SUV, Kreuzfahrten, Juwelen, Luxusvillen und anderen Prestigekonsum geht.⁷ Die knappsten und lebenswichtigsten Ressourcen – nämlich Naturgüter – sind dort einzusetzen, wo ihr Fehlen unvermeidbar ist. Ist die Energieversorgung von Schneekanonen und Spielhöhlen genauso wichtig wie jene von Krankenhäusern und Pflegeheimen?

Subsistenz umfasst drei Praktiken im Umgang mit Gütern: die eigene Herstellung von Gütern (Selbstversorgung), die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern (*sharing economy*) und die Nutzungsverlängerung durch achtsamen Gebrauch und Instandhaltung. Wenn mehr Wartung, Reparatur, längere Nutzung und Wiederverwendung erfolgt, kann die Industrieproduktion sinken. Die Konsumenten treten aus der passiven Rolle heraus, teilen die Nutzung und pflegen die Konsumgüter.

Dabei wird die Gefahr an die Wand gemalt, dass eine solche Strategie nur auf drei Wegen durchführbar sei: über einen autoritären Staat, über ein Zurück zum fossilen Raubtierkapitalismus, über eine staatliche Vollversorgung im Wege eines bedingungslosen Grundeinkommens. Das alles führt zur Verlängerung der Konsum- und Technologieabhängigkeit. Man verlernt genügsam und kreativ zu sein. Mit bedingungslosem Grundeinkommen wird die Marktabhängigkeit nur durch Staatsabhängigkeit ersetzt. Tiefgreifend gewandelte Erwerbs- und Arbeitszeitmodelle wie z.B. die 30-Stunden-Woche führen zwar zu einem etwas geringeren Einkommen, doch verbleibt im Durchschnitt ein Einkommen, das die normale Lebenshaltung und einen suffizienten Konsum abdeckt. Trotz reduziertem Einkommen wird bei gerechterer Verteilung und etwas bewussterem Konsum eine ausreichend hohe Lebensqualität erreicht.

3. Suffizienz: eine Zumutung für die sozial Schwächeren?

Zwischen Klimaschutz und der Erfüllung grundlegender Bedürfnisse wie Sicherheit, Gesundheit und Gesellschaft gibt es einen starken Zusammenhang. Gerechte Suffizienzpolitik antwortet auch auf andere Krisen, wie z.B.:

- Pflanzliche Ernährung schont Ressourcen und Tiere, entlastet Böden und fördert die Gesundheit.

⁶ Paech, Niko (2025), Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz

⁷ Perini Stefan (2022, Sozialpolitik für eine klimagerechte Gesellschaft in Südtirol, in Thomas Benedikter (ed.), Klimaland Südtirol? Regionale Wege zu konsequentem Klimaschutz, p. 94

- Aktive Mobilität zu Fuß oder mit Fahrrad ist gesund.
- Verkehrsberuhigungen machen Straßen ruhiger und für Jung und Alt zugänglicher.
- Mehrgenerationenhäuser ermöglichen ein Leben auf einer geringeren Fläche pro Person und reduzieren gleichzeitig die Einsamkeit.
- Ein geringerer Energieverbrauch steigert die Unabhängigkeit eines Landes oder einer Region und die Sicherheit in der Energieversorgung.
- Eine gleichmäßigere Vermögensverteilung verringert die Konzentration von Reichtum, senkt die Armut, verringert Kriminalität und schützt die Demokratie.

Suffizienz im Sinne der Einschränkung eines persönlichen Konsumniveaus und Lebensstils wird oft mit Verzicht und Verlust gleichgesetzt.⁸ Besondere Phasen haben in jüngster Zeit tatsächlich solche Einschränkungen legitimiert. Z.B. sind während der Corona-Pandemie 2020-2022 mehr Lockdowns und Reisebeschränkungen verhängt worden. Dadurch ist es zu einer deutlichen Senkung des Verkehrsaufkommens und des Energieverbrauchs bei der Mobilität gekommen. Die Pandemie hat der Digitalisierung einen nachhaltigen Schub erteilt und das Homeoffice dauerhaft verstärkt. Die Ukraine Krise seit dem russischen Überfall vom Februar 2022 hat zu einer Verknappung der Gaslieferungen aus Russland mit einem starken Preisanstieg geführt. Darauf ist der Gasverbrauch der EU deutlich gesunken. So ist klar geworden, dass Regularien und Anreize sehr wohl die Suffizienzbereitschaft der Bevölkerung erhöhen können. Allerdings wird die zeitlich langsamer ablaufende Klimakrise im allgemeinen Bewusstsein als nicht so dringlich wahrgenommen wie eine Energiekrise infolge von Krieg.

Nun wirken hohe Energiepreise freilich wie eine Zwangsbegrenzung und zwingen Geringverdienende zum Sparen oder gar in die Energiearmut. Eine progressive Suffizienzstrategie muss deshalb den Schutz der sozial Schwächeren (Preisdeckelung, Zuschüsse) koppeln an Sparanreize für die sozial Stärkeren.⁹ Die Verantwortung für Klima, Umwelt und Energiesicherheit darf nicht den Haushalten übertragen werden, ansonsten werden bestehende Ungerechtigkeiten reproduziert. Die nur an die Familien gerichtete Suffizienzforderung entlastet die Politik vom Handlungsdruck, der hier am stärksten gefragt ist. Suffizienzpolitik muss somit politisch organisiert und so kommuniziert werden, dass die Bevölkerung die Notwendigkeit von gewissen Grenzen und Einschränkungen begreift und akzeptiert. Die Politik setzt die Rahmenbedingungen und Anreize, um suffizientes Verhalten zu fördern. Einige Beispiele:

- Durch die Auflage, weniger Nutztiere pro Fläche zu halten, wird Fleisch verteuert und der Konsum geht zurück. Im Gegenzug wird die Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse gesenkt, wodurch die pflanzliche Ernährung preislich begünstigt wird.
- Kurzstreckenflüge im Inland werden verboten (so geschehen in Frankreich) und Hochgeschwindigkeitsbahnen ausgebaut. Ein 49-Euro-Monatsabo oder ein 250-Euro-Jahresabo für den ÖPNV fördert die klimafreundliche Mobilität (wie in Deutschland).
- Beim Online-Handel werden Zölle für Kleinstpakete aus dem EU-Ausland eingeführt und die Vernichtung von retour-Ware verboten. Dadurch verteuert sich das Angebot und der stationäre Handel erhält eine Chance (so geschehen 2026 in der EU).
- Kreuzfahrtschiffahrt und Langstreckenflüge werden stark besteuert, Urlaub auf dem Bauernhof steuerlich entlastet. Die Nachfrage verschiebt sich auf klimafreundliche Urlaubsformen.

Statt privaten Überkonsum von wenigen zu fördern wird öffentlicher Wohlstand oder Daseinsvorsorge für alle betrieben. Das schafft soziale Akzeptanz, weil es für alle gilt, muss aber auch von politischen

⁸ Niko Paech, Befreiung vom Überfluss, 2013

⁹ Brunner, K.M. (2021), *Suffizienz in der Konsumgesellschaft – Über die gesellschaftliche Organisation der Konsumreduktion*

Mehrheiten ermöglicht und durchgesetzt werden. Hilfreich können dabei sog. „Konsumkorridore“ sein, die soziale Mindestversorgung mit ökologischer Maximalverbräuchen kombinieren. Dieses Konzept ist wesentlich für die demokratische Legitimation von Suffizienz und Lebensqualität für alle.¹⁰

Bei der Förderung von Suffizienz haben ordnungspolitische Instrumente den Vorzug, weil sie den Vorteil der gerechten Anwendung auf alle bieten. Fiskalische Instrumente (Steuern) bieten hingegen den Wohlhabenden mehr Ausweichmöglichkeiten und sind weniger zielführend. Ordnungspolitik hat den Vorteil, dass sie für alle gleichermaßen gilt – ob ein Verhalten geändert wird, hängt bei den Ge- und Verboten in aller Regel nicht vom Einkommen oder Vermögen ab. Markt- und Preisinstrumente haben hingegen den Nachteil, das Wohlhabende sich auch bei extrem umweltschädlichem Konsum „freikaufen“ können. Damit stellt sich die Frage der konkreten Ausgestaltung eines transformativen Politikmixes, der Kriterien der sozialen Gerechtigkeit und Suffizienz genügt.

Zudem gibt es zwischen Klima- und Umweltschutz einerseits und der Gesundheit, Lebensqualität und sozialen Sicherheit andererseits starke Synergien (vgl. Kap. 9 Gesundheit: die „co-benefits“). Es gibt immer noch einen relativ breiten Konsens, dass Klimaschutz eine Voraussetzung für gutes Leben und stabile Wirtschaft in der Zukunft bietet. Die weltweite „Earth 4 All“-Befragung 2024¹¹ von 22.000 Menschen in den 20 größten Volkswirtschaften (G20) brachte ein überraschendes Ergebnis: die Umfrage des Club of Rome zeigte eine breite öffentliche Unterstützung für progressive Steuerreformen und für weitreichende politische und wirtschaftliche Veränderungen zur Verringerung von Ungleichheit und zur Steigerung des Wohlbefindens. Die durchschnittliche Zustimmung zu der Frage „Sollen sofort, innerhalb der nächsten Dekade, ambitioniert die CO₂-Emissionen reduziert werden?“ lag in den G20-Ländern zwischen der Rate Saudi-Arabiens (52%) und Südafrikas (83%) in Deutschland genau bei 66%¹².

Ein sozial gerechter Politikmix achtet somit bei Klimaschutzmaßnahmen auf den Schutz der sozial Schwächeren. Er stärkt die Verteilungsgerechtigkeit und die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur. So z.B. kann im Sinne eines sozial gerechten Umbaus der Mobilität der private Autoverkehr durch Parkgebühren und Citymaut verteuert werden, Bus und Bahn dagegen ausgebaut und verbilligt werden. Wenn der Umzug in eine kleinere Wohnung gefördert werden soll, muss für die neue Wohnung ein Mietpreisdeckel gelten. Gleichzeitig kann mehr Wohnraum vergesellschaftet werden und damit allen zur Verfügung stehen. Im sozialen Wohnbau kann eine Mindestbelegungsvorgabe erfolgen. Durch die Belegung des Mietwohnungsmarktes erhalten mehr Menschen die Chance, eine leistbare Wohnung in der Nähe des Arbeitsplatzes zu finden. Die energetische Sanierung der Wohnung kann mit Beiträgen oder mit der Steuerabsetzbarkeit der Kosten gefördert werden, aber geknüpft an Einkommen und Vermögen der Begünstigten, um die öffentlichen Haushalte nicht zu überlasten.

¹⁰ Fuchs et al Fuchs, D. et al. (2021). *Consumption Corridors: Living a Good Life Within Sustainable Limits*. New York: Routledge

¹¹ vgl. Earth 4 All and Global Commons Alliance, Earth for All Survey, 2024

¹² vgl. Earth 4 All and Global Commons Alliance, Earth for All Survey, 2024. Bei der Earth4All-Umfrage von 2024 gab es eine signifikante Zustimmung zu Maßnahmen, die über den herkömmlichen Umweltschutz hinausgehen, einschließlich der Forderung nach einer "Reichensteuer", um die soziale Ungleichheit zu verringern und den ökologischen Wandel zu finanzieren (68 % Zustimmung). Auch in Italien ist die Unterstützung für drastische Maßnahmen hoch, was dem Trend entspricht, dass Bürger in den G20-Staaten den Klimawandel als unmittelbare Bedrohung wahrnehmen. Die Ergebnisse zeigen, dass eine Mehrheit der Menschen bereit für ökonomische Transformationen ist, die das Wohlbefinden der Menschen innerhalb der planetaren Grenzen in den Vordergrund stellen, statt nur auf das BIP-Wachstum zu schauen

Somit geht es im Kern um die systematische Einbeziehung von Verteilungsfragen in die Klimapolitik. Die Lenkungswirkung der CO₂-Bepreisung wird sozial flankiert durch eine Palette von öffentlichen Maßnahmen, die den sozialen Bedarf berücksichtigen und die öffentlichen Infrastrukturen ausbauen.¹³

Suffizienz wird zu einem neuen politischen Handlungsfeld, doch gibt heute noch keinen transformativen Politikmix unter Einschluss der Suffizienzpolitik. Vier Ansatzpunkte lassen sich ausmachen:

1. Die wirkungsvollste Verantwortungsebene im Mehrebenensystem muss die größte Verantwortung übernehmen (EU-Staat-Region-Gemeinde).
2. Es müssen verlässliche Rahmenbedingungen für kooperatives Verhalten beim Klimaschutz gesetzt werden.
3. Ruinöse Verkehrs-, Industrie-, Agrar- und Tourismusinfrastruktur muss zurückgebaut werden.
4. Normen, die suffizientem Verhalten entgegenstehen, müssen entrümpelt werden. Im gegenwärtigen System ist Suffizienzpolitik noch nicht konsistent, weil andere Instrumente auf das Gegenteil zielen, wie z.B. der Billigflugverkehr durch steuerbefreites Kerosin.
5. Subventionen, die heutige Konsumpraktiken aufrechterhalten, müssen abgeschafft werden.
6. Infrastrukturen für mehr regionale Subsistenz und Selbstversorgung sind zu schaffen.
7. Die Beteiligung der Bürger:innen an der Gestaltung des Alltags und öffentlichen Raums muss weiterentwickelt werden, um allen ein Mitspracherecht zu ermöglichen.

Auszug aus dem Buch:

Thomas Benedikter (2026), *Equità sociale nei limiti del pianeta. La giustizia climatica tradotta in dieci proposte concrete*, etabeta

¹³ Brunner, K.M. (2021), *Suffizienz in der Konsumgesellschaft – Über die gesellschaftliche Organisation der Konsumreduktion*. In: Pechlaner, H., Habicher, D., Innerhofer, E. (Hrsg.). Transformation und Wachstum. Alternative Formen des Zusammenspiels von Wirtschaft und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer Gabler, 161-176

6. Jens Beckert: Verkaufte Zukunft

Seit Jahrzehnten wissen wir um die Erderwärmung und ihre Gefährlichkeit. Dennoch nehmen die globalen Treibhausgasemissionen weiter zu. Offenbar gelingt es uns nicht, den Klimawandel zu stoppen. Wie lässt sich dieses Versagen erklären? Warum reagieren Gesellschaften so zögerlich auf diese Bedrohung? In "Verkaufte Zukunft" (BpB, 2024) analysiert der deutsche Soziologe Jens Beckert, warum moderne Gesellschaften trotz Kenntnis der Klimakrise kaum in der Lage sind, wirksam gegen den Klimawandel vorzugehen.

Dass die erforderlichen Maßnahmen nicht ergriffen werden, so Jens Beckert, liegt an der Beschaffenheit der Macht- und Anreizstrukturen für Unternehmen, Politiker, Wähler und Konsumenten. Die bittere Wahrheit ist: Wir verkaufen unsere Zukunft für die nächsten Quartalszahlen, das kommende Wahlergebnis und das heutige Vergnügen. Anhand von zahlreichen Beispielen und mit sozialwissenschaftlichem Besteck zeigt Beckert, warum es sich beim Klimawandel um ein "tückisches" Problem handelt, an dem die sich seit 500 Jahren entwickelnde kapitalistische Moderne aufgrund ihrer institutionellen und kulturellen Strukturen fast zwangsläufig scheitern muss. Die Temperaturen werden also weiter steigen, die sozialen und politischen Auseinandersetzungen werden sich verschärfen. Anpassungsfähigkeit, Resilienz und vor allem solidarisches Handeln sind gefragt. Daraus ergeben sich Aufgaben für eine realistische Klimapolitik.

Die Kernfragen lauten: „Können sich Gesellschaften an veränderte Lebensbedingungen anpassen? Können sie die Ursache, nämlich die Treibhausgasemissionen stoppen oder gar senken, sodass zumindest die Erderhitzung auf dem heutigen Niveau stabilisiert wird? Kann Klimagerechtigkeit zwischen globalem Norden und Süden, zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt hergestellt werden?“

Zentrale Thesen

Jens Beckert zeigt in seinem Buch, dass wir unsere Zukunft für kurzfristige Gewinne, Wahlergebnisse und momentanes Vergnügen verkaufen. Beckert untersucht, warum trotz jahrzehntelanger Kenntnis über die Folgen von Treibhausgasemissionen die Menschheit weiterhin CO₂ ausstößt – in den letzten drei Jahrzehnten sogar mehr als in den zwei Jahrhunderten zuvor (www.bpb.de). Die Analyse zeigt, dass strukturelle Blockaden wie die auf Gewinn orientierte Wirtschaft, demokratische Legitimationserfordernisse und soziokulturelle Faktoren, die Konsum, Identität und sozialen Status verbinden, die Umsetzung wirksamer Klimapolitik erschweren. Beckert betont, dass einfache Lösungen nicht existieren, und plädiert dafür, diese Dilemmata bewusst zu reflektieren und in politische Entscheidungen einzubeziehen.

Gesellschaftliche Relevanz und Handlungsempfehlungen

Die signifikante Zunahme von Extrem-Wetterereignissen mit verheerenden Folgen ist das Resultat menschengemachter Erderhitzung, verursacht durch die Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre. Wir wissen das seit mindestens 1990, ohne dass dieser Prozess gestoppt worden wäre, denn die CO₂-Emissionen steigen immer noch (für 2026 wird der Gipfel erwartet). In den letzten 30 Jahren ist so viel CO₂ ausgestoßen worden, wie in den 200 Jahren vorher zusammengekommen.

Die globale Temperatur wird im Durchschnitt voraussichtlich bis 2050 um 2,5-3° steigen. Doch COPERNICUS hat bereits im August 2026 gemeldet, dass die Durchschnittstemperatur in Westeuropa bereits um 2,3° gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter (weltweit im Schnitt 2023-2025 1,5°) zugenommen hat. Der Klimawandel verursacht Jahr für Jahr steigende Schäden mit enormen Kosten und löst Konflikte und neue Verteilungskämpfe aus. Der Klimawandel ist nicht primär eine naturwissenschaftliche und technische Herausforderung, sondern eine soziale und politische. Die

technischen Lösungen sind weitgehend erforscht und immer mehr technische Anlagen, Geräte, Systeme kommen auf den Markt, die einen fossilfreien Betrieb erlauben. Doch die politischen und sozialen Maßnahmen, die für wirksame CO₂-Minderung notwendig wären, bleiben weit dahinter zurück.

Warum? Hier steht die Wachstums- und Gewinnlogik des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit seiner Machtverteilung, mit den politischen Legitimationsproblemen unserer Systeme, mit der kulturellen Identität von Bürgern und Konsumentinnen im Mittelpunkt.

Natürlich prägen die kapitalistische Marktwirtschaft, die parlamentarische Demokratie und die individualistische Kultur den Umgang mit der natürlichen Umwelt und Ressourcen. Macht- und Anreizstrukturen und andere Steuerungsmechanismen blockieren die Lösung des Problems „Klimawandel“. Daneben gibt es auch skandalöse Formen von Armut und Ungleichheit. Mit einem Aufschieben der Bearbeitung Klimawandel wird alles nur noch schlimmer.

Das Problem liegt in den Anreizstrukturen: Erfolg wird sich erst in 10-20 Jahren zeigen, wenn die heutigen Entscheider nicht mehr an der Macht sitzen. Die Erfolge kommen erst späteren Generationen zugute. Die Entscheidungshorizonte von Politikern, Unternehmern und Bürgern orientieren sich an kurzfristigen Opportunitäten.

Veränderungen bedürfen handlungswilliger und handlungsmächtiger Akteure. Es braucht verpflichtende Normen, an die sich alle Staaten halten. Das Pariser Klimaabkommen von 2015, von 193 Staaten unterzeichnet (nicht ratifiziert). Der Temperaturanstieg soll auf 2° begrenzt bleiben.

Der UN-Klimarat (IPCC) stellt dar, wie die Klimaziele erreicht werden sollen. Es bedürfte einer Vollbremsung, doch genau das Gegenteil geschieht real. Es wird voraussichtlich fast keinem Industriestaat gelingen, die Klimaziele fristgerecht zu erreichen.

Die notwendigen Entscheidungen werden nicht getroffen

Allerdings wird die Illusion aufrechterhalten, dass etwas geschieht. Im Klartext:

- Wir wissen seit Jahrzehnten um die Gefahren Treibhausgasemissionen und dennoch werden jährlich immer mehr THG ausgestoßen.
- Bis 2030 müssten die CO₂-Emissionen halbiert werden, doch das gelingt nicht.
- Greenwashing: Illusionen und Nebelkerzen
- Weltklimarat: der Höhepunkt der Gesamtemissionen könnte 2026 sein, aber bis 2050 werden die CO₂-Emissionen nur langsam zurückgehen.
- Die CO₂-Einsparungen in den Industrieländern werden kompensiert durch die steigenden Emissionen in Schwellenländern.
- Global: noch 2050 werden 60% des Energiebedarfs aus fossiler Energie gedeckt.
- Walter Benjamin: „Den Pessimismus, der sich aus der realen Weltlage ergibt, organisieren. Mechanismen und Strukturen verstehen, warum das so ist.“

Könnte aus der steigenden Gefahr doch noch das Rettende erwachsen? Aus der realistischen Erkenntnis der Problemlage die kollektive Einsicht reifen, dass konsequent gehandelt werden muss?

Es gibt kein Szenario des Zusammenbruchs, sondern durch den Klimawandel wird es zu immer mehr Schäden und sozialen Stress kommen. Die Konflikte und die klimabedingten Schäden nehmen zu. Auf über 100 Jahre ist der Klimawandel irreversibel. Der Kapitalismus wird durch den Klimawandel kaum gefährdet. Es eröffnen sich neue Märkte. Die grüne Transformation bietet den Unternehmen ein riesiges Feld. Die Dekarbonisierung der Energieversorgung ist ein Riesengeschäft.

Der Klimawandel ist ein tückisches Problem (nicht so zahm wie das Ozonloch, verursacht von FCKW), weil es komplexe Interdependenzen und Dilemmata gibt. Die Klimakrise zeigt nahezu unüberbrückbare Widersprüche zwischen der Funktionsweise der kapitalistischen Moderne und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auf. Eine Wirtschaft, die auf ständiges Wachstum ausgelegt ist, findet nicht die angemessene Reaktion. Schon ein geringerer CO₂-Ausstoß wäre positiv.

Wie können Gesellschaften der kapitalistischen Moderne die kollektiven sozialen Prozesse beeinflussen, die den Umgang mit der Natur bestimmen?

Der Ressourcenbedarf für die Bekämpfung des Klimawandel wird steigen. Es ist abzuwägen zwischen Maßnahmen, um das CO₂ zu reduzieren, Anpassungsmaßnahmen in einer immer heißeren Welt, immer neue Baustellen für den Staat. Zusätzlich auch der demografische Wandel. Es gibt nicht nur ein Problem mit den öffentlichen Finanzen, sondern auch mit der Stabilisierung der politischen und moralischen Ressourcen der Industriegesellschaften. Obwohl ein weiterer Temperaturanstieg als unvermeidlich gilt, fordert Beckert Anpassungsmaßnahmen, Resilienz und solidarisches Handeln, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Das Buch liefert damit grundlegende Impulse für eine realistische Klimapolitik, die sowohl die Begrenzung der Erderwärmung als auch den Schutz der Bevölkerung berücksichtigt. Beckert hat den Titel „Verkaufte Zukunft“ gewählt, weil das Gemeingut „natürliche Umwelt“ zur beliebig ausbeutbaren Ressource geworden ist, die am Markt nach Rentabilitätskriterien verwertet wird.

Fazit

"Verkaufte Zukunft" ist kein Ratgeber, sondern eine fundierte soziologische Analyse, die erklärt, warum Gesellschaften trotz Wissen und Dringlichkeit kaum gegen den Klimawandel handeln. Es richtet sich an Leser, die die strukturellen Ursachen der Klimakrise verstehen und realistische Handlungsmöglichkeiten für Politik und Gesellschaft diskutieren möchten. Das Buch wird für seine klaren Analysen, den realistischen Blick auf die Klimakrise und den pragmatischen Ansatz gelobt. Rezensenten heben hervor, dass Beckert den Pessimismus organisiert und kleine Veränderungen in den Vordergrund stellt, die das Bewusstsein für die Klimaproblematik erhöhen.

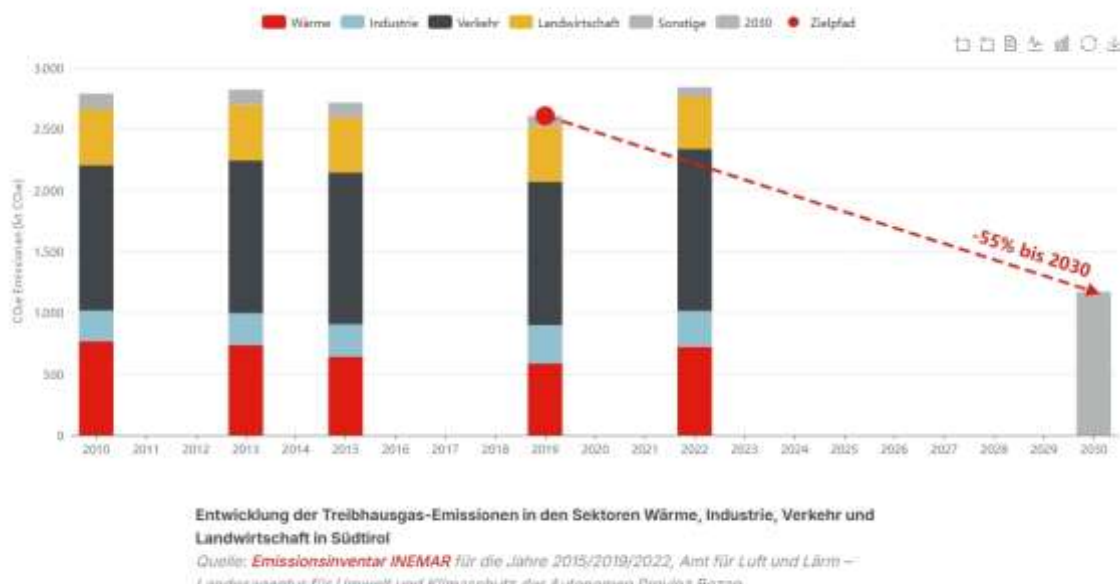
Das Buch:

Jens Beckert (2024), *Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht*, BpB Bonn

Jens Beckert, geboren 1967, ist Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und Professor für Soziologie in Köln. Er wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Leibniz-Preis und dem Karl-Polanyi-Preis für sein Buch *Imaginierte Zukunft*.

7. Klimaschutz und Energiewende in Südtirol – Ein Überblick

Thomas Benedikter



Die Entwicklung der CO₂-Emissionen in Südtirol 2010-2030 - Quelle EURAC Research

Die Klimapolitik in Südtirol: Wie entwickeln sich die THG-Emissionen in Südtirol?

Derzeit gibt es keine aktuellen Daten zum Stand der THG-Emissionen, etwa für 2023 und 2024. Bis 2022 sind die CO₂-Emissionen sogar noch angestiegen auf rund 2,8 Mio., t CO₂, vor allem aufgrund der Zunahme des Straßenverkehrs (PKW, Schwerlastverkehr, Transitverkehr). Nun will Südtirol die THG-Emissionen von 2019 bis 2030 um die Hälfte senken (-55%). Wir sind aber bei Weitem nicht auf Kurs, denn anscheinend hat der Sinkflug noch gar nicht begonnen.

Mit der Bezuschussung von PV-Anlagen, Elektroautos, Wärmepumpen und demnächst Agriphotovoltaik wird die Energiewende gefördert. Doch diese Einsparungen werden wettgemacht durch den quantitativen Anstieg beim Verkehr mit fossilem Antrieb (mehr Export, mehr Transit-Schwerlastverkehr, mehr Tourismus), bei der Verbauung und durch die Zunahme der beheizten Wohn- und Betriebsflächen. Die Landwirtschaft trägt 17% der Treibhausgasemissionen bei (vor allem auch CH₄ und N₂O, zeigt aber keine Tendenz, die Zahl der Großvieheinheiten, dem Hauptgrund der Emissionen, zu senken).

Wo stehen wir beim Klimaschutz in Südtirol heute?

Die größten Brocken bei den CO₂-Emissionen stellen der Verkehr (44%), die Gebäudeheizung (17%), die Landwirtschaft (17%) und die Industrie 12%. Fast nichts wird emittiert durch die Energieerzeugung, weil fast alles aus der Wasserkraft und Biomasse, doch ein nicht irrelevanter Stromimport stammt immer noch aus dem nationalen Strommix. Dieser wird zu über 50% aus fossiler Energie erzeugt, vor allem in Gaskraftwerken in Norditalien.

Allein 37% der Verkehrsemissionen in Südtirol stammen aus dem Transitverkehr. Dann gibt es auch einen hohen touristischen Freizeitverkehr innerhalb des Landes und eine hohe Motorisierung: 915 zugelassene Kfz auf 1000 Einwohner, fast ein Kfz pro Kopf (2024).

Die Industrie trägt nicht so viel zu CO₂-Ausstoß bei (12%), obwohl sie 25% des BIP Südtirols erzeugt. Der Beitrag des Tourismus ist statistisch nicht festgestellt, könnte annähernd 20% umfassen. Der Beitrag des Tourismus zum BIP beträgt nur rund 11,5% (ASTAT 2023). Eine offene Baustelle ist die Gebäudeheizung, weil 80.000 Wohnungen noch fossil beheizt werden.

Kann sich Südtirol bis 2040 voll mit erneuerbarer Energie versorgen?

Die Voraussetzung für die angestrebte Klimaneutralität bildet die Deckung des gesamten Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen. Das ist technisch möglich. Südtirol wird sich erst 2040 auch „bilanziell“ selbst mit erneuerbarem Strom versorgen können. Warum? Wir hängen in wasserkraftschwachen Jahreszeiten stark vom nationalen Strommix ab, der in Italien noch zu 50% fossil erzeugt wird. Wir werden auch noch in 15 Jahren Strom aus der lokalen Wasserkraft saisonal exportieren, und in kalter Jahreszeit erneuerbaren Strom von außen importieren.

Dank der Förderung und auch der sinkenden Preise werden immer mehr PV-Anlagen installiert. Laut Berechnungen reichen die technisch nutzbaren Dachflächen aus, um die für Südtirol erforderliche installierte Zusatzleistung zu bauen (1400 MW laut Klimaclub Südtirol; 800 MW laut Klimaplan Südtirol). Ein hohes Potenzial besteht dabei bei den versiegelten Flächen, z.B. Parkplätzen und Dächern der Industriegebäuden, auch mit Agriphotovoltaik auf Obstwiesen.

Die Elektrifizierung des Verkehrs geht zu langsam. In Italien halten E-Kfz nur 5,2% des Bestands (Sept. 2025), sind aber im Betrieb noch nicht fossilfrei, weil der Strom erst zu knapp 50% aus erneuerbaren Quellen stammt. Trotz staatlicher Förderung werden noch zu wenig Stromer verkauft. Bis 2035 und länger dürfen in der EU Verbrenner zugelassen werden. In Südtirol liegt der Anteil der Stromer 2024 bei 15%. Die Südtiroler Bevölkerung müsste insgesamt weniger Strom und weniger Ressourcen in Form von importierten Gütern verbrauchen, um ihren gesamten CO₂-Fußabdruck im Schnitt dauerhaft zu senken.

Welche Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaplans 2040? Das Beispiel Mobilität

Im Klimaplan sind 157 Maßnahmen gelistet, z.T. schon im Gange, z.T. erst anzupacken. Hier das Beispiel Mobilität: Landesmobilitätsplan und Klimaplan sehen die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs um 30% bis 2035 vor (gemessen in zurückgelegten Personenkilometern). Doch bis heute ist keine Reduzierung beim Verkehrsaufkommen sichtbar.

Sichtbar ist der Ausbau der Bahnlinien Riggertalschleife und Umfahrung Bozen, die Elektrifizierung der Bahn im Vinschgau, die Verdoppelung Bozen-Meran, bessere Bahnhöfe und Mobilitätszentren, der Ankauf von neuen Zuggarnituren, von Wasserstoff- und Batteriebusen, der ÖPNV wird allgemein ausgebaut. Vor allem im urbanen Raum auf 10-15 km rund um Städte werden auch die Fahrradwege ausgebaut. Gleichzeitig investiert das Land auch weiterhin stark in den Straßenausbau: neue Umfahrungen, Kreisverkehre, viele Straßenwartungen, neue Parkplätze, und damit Förderung des Autoverkehrs.

Die Elektromobilität mit Ankauf von E-PKW wird zwar gefördert, doch der Hochlauf verläuft in Südtirol schleppend. Immer noch ist der allgemeine Motorisierungsgrad zu hoch. Problempunkt Schwerlastverkehr-Transitverkehr. Auch nach Fertigstellung des BBT soll der Transit nur um 10% sinken. Offen ist die baldige Fertigstellung der Zulaufstrecken, andernfalls kann die Klimaneutralität nicht erreicht werden. Auch die A22 soll bis Bozen mittelfristig erweitert werden. Nimmt der Schwerlastverkehr dann ab oder zu und was bedeutet das für die Emissionen aus dem Verkehr? Hier hat Südtirol aber keinen politischen Zugriff, weil die entscheidenden Weichenstellungen bei den Staaten und bei EU liegen.

Das Beispiel Gebäudeheizung und Emissionssenkung

Die Gebäudeheizung trägt 17% zu den CO₂-Emissionen bei. Heute werden noch 70-80.000 Wohnungen mit Öl oder Gas beheizt. Auch durch Dienstleistungen und Tourismus entsteht hoher Heizaufwand. Südtirol hat vorbildliche Regelungen beim Neubau durch die Klimahausregelung, die seit über 20 Jahren gilt, und sehr viel wird auch in Sanierung des Altbaubestands investiert. Doch insgesamt ist die Sanierungsrate noch viel zu gering, nicht mal 2% pro Jahr.

Der Klimaplan sieht kein echtes Verbot der Neu-Installierung von Gasheizungen vor. Eigentlich müsste eine Exitstrategie erstellt werden, ein „Landesplan für die Heizungswende“. Die öffentlichen Gebäude müssen saniert und bis 2040 auf langfristig klimaneutralen Energiestandard gebracht werden. Fernwärmenetze sind auszubauen, doch besteht das Problem der Grenzen der Holznutzung beim Ersatz von Erdgas in den Fernwärmekraftwerken. Biogas wird auch in Zukunft nur sehr begrenzt vorhanden sein.

Bei der Gebäudeeffizienz müssen EU-Verordnungen umgesetzt werden. Laut AFI-Barometer 2025 geben 48% der befragten Arbeitnehmenden an, bereits heute klimaneutral zu heizen. Nur mehr 30% sehen kein Problem darin, mit Öl oder Gas zu heizen. Rund ein Drittel der Südtiroler Haushalte heizen dagegen mit Holz.

Das Problem Landwirtschaft

In Südtirol entstehen aufgrund der starken Präsenz von Milch- und Viehwirtschaft hohe Emissionen von klimaschädlichem Methan und Stickoxid. Auch die Futtermittelimporte schlagen stark zu Buch (indirekte THG-Emissionen). Obst- und Weinbau ist weniger emissionsintensiv.

Für Klimaneutralität müsste Viehbestand eigentlich stark zurückgefahren werden. Um den zu hohen Futtermittelimport zu vermeiden und Vieh nur mit Grundfutter aus Südtirol zu versorgen, müsste der Viehbestand halbiert werden (von 120.000 in 2024 auf 60.000 in 2040). In Südtirol gibt es heute rund 20.000 bäuerliche Betriebe, davon 10.148 Viehhalter. Viele müssten bei einer Reduzierung der GVE pro Hektar aufgeben. Im Grunde ist die Viehwirtschaft bereits heute oft eine Tätigkeit, die weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll ist, und nur überlebt, weil hochsubventioniert. Wenn die kleinbäuerlichen Betriebe auf andere Kulturen umstellen, müssten die Einkommensverluste ausgeglichen werden. Die Bauern sind heute schon die größten Subventionsempfänger, weil die Berglandwirtschaft aus sozialen, kulturellen und ökologischen Gründen erhalten werden soll.

Das Problem Tourismus

Südtirols Tourismusindustrie steuert on 2025 auf 9 Mio. Ankünfte mit 38 Mio. Übernachtungen zu, hat den 3. Rang im Regionenranking der EU bezüglich Tourismusintensität. Ein solches Ausmaß an touristischer Nutzung eines Gebiets kann nicht klimaneutral organisiert werden.

Das Geschäftsmodell des Tourismus basiert auf der raschen Erreichbarkeit mit dem eigenen Kfz von industriellen Kerngebieten in Mitteleuropa (83,5% aller Südtirol-Gäste kommen mit Kfz) und anderen Quellmärkten. Tourismus führt zu einer hohen internen Verkehrsbelastung: 24% des Verkehrsaufkommens bei uns ist touristischer Freizeitverkehr. Wir sind ein bis in den hintersten Winkel befahrbarer Freizeitpark und werden es auch bleiben. Eine wesentliche Umlenkung des Kfz-Verkehrs auf Bahn und Bus illusorisch, weil die Brennerbahn diese Masse an Touristen auch nach Inbetriebnahme des BBT nicht aufnehmen kann und die interne Mobilität für Besucher Teil des Gebirgserlebnisses ist.

Um wirklich klimaschutzkompatibler zu werden, muss Südtirols Tourismus auch quantitativ abnehmen, doch immer noch steigt die Beherbergungskapazität durch den Bettenausbau (heute, also Ende 2025, 263.500 Betten gegenüber 229.000 in 2022).

Inwieweit ist die Industrie unterwegs zur Klimaneutralität?

Es gibt große Unterschiede bei den THG-Emissionen zwischen den einzelnen Industriebranchen und zwischen der Größenklasse der Betriebe. Es hängt stark davon ab, wieviel Vorleistungen und Transportaufwand mit der Industrieproduktion verbunden ist; ob im Prozess selbst Treibhausgase erzeugt werden, wie bei der Zementherstellung und Chemieindustrie; ob mehr oder weniger Prozesswärme für den Produktionsprozess benötigt wird. In der Industrie besteht ein hoher Wärmebedarf in der Metallverarbeitung, in der Stahlproduktion, bei Düngemitteln, Zement, Chemie und in der Bauwirtschaft. Die Valbruna-Stahlwerke in Bozen haben einen hohen Strombedarf.

Bei den Dienstleistungen liegt der CO₂-Ausstoß geringer: hier geht es vor allem auf das Konto der Gebäudeheizung, des Serverbetriebs, des Transportaufwand. Auch beim Handwerk geringer.

Heute besteht noch kein klares Bild mit Untersuchungen, wie die Emissionen in der Industrie nach einzelnen Branchen verteilt sind, und wo es weitere Effizienz- und Reduktionsbemühungen braucht. Weitere Studien sind erforderlich.

Wie steht es um die Arbeitsplätze?

Bedroht der Klimaschutz Arbeitsplätze in der Industrie, im Handwerk, im Baugewerbe oder in anderen Sektoren?

- Unter dem Strich bringt die Dekarbonisierung eher einen Beschäftigungsgewinn durch die Umrüstung auf erneuerbare Energie, z.B. durch Ausbau der PV, durch Heizungsumrüstung bei Heizungs- und Sanitärtechnikern, im Baugewerbe durch verstärkte Sanierung, in der Mobilität durch den Ausbau des ÖPNV, sogar in Landwirtschaft durch mehr Biolandbau.
- In der Industrie wachsen jene Unternehmen, die die Energiewende stützen, z.B. die Herstellung von Ladesäulen, von Wärmepumpen, Zulieferer von Batteriefahrzeugen, Speichertechnologien und Ausbau der Netze, Digitalwirtschaft und Automatisierung.
- Bei den Dienstleistungen sind aufgrund der Alterung der Gesellschaft mehr soziale Berufe gefragt, weniger Tourismus und mehr Personen in Gesundheitsberufen und Pflege.
- Wir erleben einen langsamen strukturellen Wandel. Dieser muss begleitet werden durch Anpassungen im Berufsbildungssystem, durch Zusatzqualifikationen und Umschulungen.
- Mittel- und langfristig liegt das Hauptproblem im wachsenden Personalmangel in vielen Bereichen, nicht in der Arbeitslosigkeit.

Zwei wichtige Regelungen für die gewerbliche Wirtschaft

Die Kriterien für die Vergabe von Landesbeiträgen und neue Regelungen im Südtiroler Vergabewesen müssen den Klimaschutz berücksichtigen.

Sehr wichtig ist in dieser Hinsicht die Bindung der Landesbeiträge an Unternehmen in allen Branchen (Landwirtschaft, Tourismus, Handwerk, Industrie und Dienstleistungen) an den CO₂-Fußabdruck und an die Energieeffizienz. Das Land muss das Instrument der Subventionen (Förderungen) enger und konsequenter an die Energiewende knüpfen, d.h. die Senkung der THG-Emissionen müssen eines der zentralen Kriterien der Beitragsvergabe werden. Die Förderung von Branchen, die ohnehin schon zu stark wachsen, wie z.B. der Tourismus, sollten überhaupt nicht mehr gefördert werden. Die öffentliche

Förderung muss künftig klimapolitisch konsequent sein. CO₂-emissionsintensive Tätigkeiten mit der einen Hand fördern und mit der anderen Hand (Staat, EU) CO₂-Emissionen besteuern, macht keinen Sinn und ist nicht zielführend.

Deshalb muss an beiden Hebeln angesetzt werden, damit Klimaschutz wirksam wird: bei den Subventionen (mehrere 100 Mio. Euro/Jahr) und beim Vergabewesen (öffentliche Beschaffung).

Die soziale Abfederung der Klimaschutzmaßnahmen

Damit sind wir beim Thema „Klimagerechtigkeit“. Wir wissen, dass sowohl die Verursachung als auch die Schäden und Folgen des Klimawandels und auch die Lasten der Energiewende sozial ungleich und ungerecht verteilt sind. Die Wohlhabenden produzieren ein Vielfaches der Emissionen der unteren 50%, die Wohlhabenden können sich E-Mobilität und Gebäudeheizung leisten auch ohne öffentliche Beiträge. Geringverdiener tun sich schwer, mit der Umrüstung auf E-Autos und auf klimafreundliche Heizung einschließlich der Sanierung der eigenen Wohnung.

Wenn Kosten und Preise für fossile Brenn- und Treibstoffe und Strom ab 2028 im Zuge des ETS-2-Zertifikatehandels der EU Jahr für Jahr steigen, muss für Ausgleich gesorgt werden. In anderen Ländern wird ein Klimabonus an alle gezahlt. In Italien werden derzeit die Strompreise für die untersten Einkommenskategorien gedeckelt. Das reicht aber nicht. Was kann das Land in diese Richtung unternehmen, um die sog. Energiearmut bei den Geringverdienenden zu verhindern?

Insgesamt reicht der Klimaplan 2040 nicht aus

Insgesamt ist Klimaplan Südtirol 2040 nicht ausreichend, um tatsächlich in Südtirol in 15 Jahren Klimaneutralität zu erreichen. Ganze Bereiche sind nicht ausreichend bearbeitet, wie z.B. der Tourismus, die Landwirtschaft und der Transitverkehr. Die Ziele im Klimaplan Südtirol 2040 sind nicht verpflichtend, können jederzeit angepasst werden. Wir liegen heute nicht auf Kurs bei der Emissionsminderung, es gibt auch keine Pflicht zur Korrektur. Ein Plan ist eigentlich in sich stimmiges (konsistentes) Ziele-Maßnahmen-System. Wenn die Maßnahmen nicht reichen oder nicht zielführend sind, müssen sie rasch nachgebessert werden.

Der heutiger Klimaplan ist eine Mischung aus guten Absichten, zum Teil nicht realisierbaren Maßnahmen, zu hoch gesteckten Einzelzielen, und einige frommen Wünschen. Es wird in keiner Form durchgerechnet, ob die gelisteten Maßnahmen die erhoffte Reduktionswirkung bringen. Somit ist der Plan auch nicht konsistent. Der Klimaschutz und Ziele des Klimaplanes müssen gesetzlich verankert werden, um dann in einer Reihe von Einzelgesetzen und Verordnungen wirklich das Emissionsgeschehen zu regeln und einen Reduktionspfad einzuleiten.

Warum braucht es ein Klimagesetz auf allen Ebenen?

Südtirol muss den Klimaschutz rechtlich verankern, um überhaupt langfristig wirksamen Klimaschutz voranzubringen. Klimaschutz nur als Akt des guten Willens im Auf und Ab der politischen Konjunkturen funktioniert nicht.

Südtirol muss einen solidarischen Beitrag zum Klimaschutz zusammen mit allen Regionen Italien und allen EU-Bundesländern und Regionen leisten. Dies wird zwar von der Regierung noch nicht vorgeschrieben, ist aber eine Notwendigkeit. Die Lombardei hat bereits ein Klimagesetz.

Südtirol ist selbst von Folgen des Klimawandels betroffen. Man denke an Waldschäden durch Borkenkäfer, an Hitzewellen und Schäden an der Landwirtschaft, an den Gletscherschwund, an den Rückgang der Stromproduktion, die Hangrutschungen und Murengefahr.

Die Klimaziele müssen gesetzlich verankert, neue Verfahren, Organisation, Kontrolle, Gremien und Finanzmittel eingeführt werden. Zahlreiche geltende Landesgesetze sind anzupassen.

Für wirksame Klimapolitik braucht es **langfristige Planbarkeit und gesetzliche Verbindlichkeit**, die für Unternehmen, Politik und Gesellschaft Planungssicherheit schaffen. Zudem muss es ein allgemeines Berücksichtigungsgebot des Klimaschutzes geben.

Was soll ein Klimagesetz regeln?

- Monitoring und Korrektur: wenn die Klimaziele (CO₂-Minderungspflichten) nicht eingehalten werden, ist das Land verpflichtet, Maßnahmen zu verschärfen.
- Verfahren, zuständige Bereiche und Abteilungen des Landes, Steuerung der Maßnahmen, Berichtspflichten, Information: alles wird strenger geregelt.
- Ein robuster Klima-Sachverständigenrat wird eingeführt.
- Regelmäßige Bürgerbeteiligung findet statt.
- Klimaschutzkriterien bei allen Subventionen an die gewerbliche Wirtschaft.
- Klimakriterien auch beim öffentlichen Vergabewesen.
- Vorbildfunktion des Landes: öffentliche Gebäude müssen bis 2035 klimaneutral sein.
- Planungssicherheit: Klimaziele werden gesetzlich festgeschrieben.
- Klimaplan und Klima-Maßnahmen-Register werden zur Pflicht des Landes

Welche Hindernisse, um klimaneutral zu werden?

Grundsätzlich ist es möglich, ganze Industriegesellschaften zu dekarbonisieren, was durch mehrere detaillierten Studien nachgewiesen wird. Norwegen, Uruguay berichten, dass sie quasi klimaneutral sind (zahlreiche Entwicklungsländer sind es ohnehin). Schweiz hat gute Voraussetzungen, doch ist ähnlich wie Südtirol auch ein reiches Land mit hoher Importquote, das CO₂-Emissionen vielfach einfach ausgelagert (im Ausland verursacht).

Südtirol ist Teil eines Industrielandes, hat höchstes BIP/Kopf in Italien, ist aber wirtschaftlich sehr verflochten mit den Nachbarräumen, mit hoher Tourismusintensität, eine über-entwickelte Mobilität, hohes Konsumniveau, was insgesamt zu hohen CO₂-Emissionen führt.

Aufgrund einiger Besonderheiten (wenig Schwerindustrie, Stromerzeugung aus Wasserkraft und PV, Verfügbarkeit von Biomasse) ist die Dekarbonisierung territorial zu schaffen, aber nicht bei den indirekten Emissionen: importierte fossil erzeugte Elektroenergie, Importgüter, emissionsintensive Tätigkeiten im Ausland werden zunächst bleiben. Südtirol profitiert in hohem Maß von Vorleistungen im Ausland. Realistisch haben wir mindestens 7 tCO₂/pro Kopf nicht 5, wie offiziell behauptet. Nur eine Gesellschaft mit viel weniger Ressourcenverbrauch und viel mehr Kreislaufwirtschaft kann klimaneutral werden. Wirtschaftswachstum ist auf allen Ebenen in Frage zu stellen.

Was braucht es für konsequenten Klimaschutz?

- Die baldige Verabschiedung eines guten Landesklimagesetzes, um ein Regelwerk für ernst gemeinte Dekarbonisierung zu haben. Die gesamte Landespolitik muss sich dieser Priorität unterordnen.

- Finanzielle Förderungen und Anreize, vor allem bei den Steuern und Subventionen, müssen an die Senkung von CO₂-Emissionen und des Energieverbrauchs geknüpft werden.
- Der Flächenverbrauch und die Bautätigkeit müssen radikal begrenzt werden, die Wohnraumversorgung ist sozial zu regulieren. Als Ziel wird im Klimaplan auch die „Netto-Neuversiegelung null in 2040“ angeführt.
- Die Viehwirtschaft ist zurückzudrängen bei einem Einkommensausgleich für die Bauern.
- Die Gebäudeheizung ist in 15 Jahren vollständig auf erneuerbare Energieträger umzustellen, auch zum Schutz vor dem immer teureren Import von Gas.
- Suffizienz statt Wirtschaftswachstum. Eigenversorgung, regionale Kreisläufe stärken, Tourismus gesundschrumpfen.
- Industrieproduktion: Produktionsverfahren mit hoher Prozessenergie (Stahl, Metallverarbeitung usw.) sind auf Wasserstoff umzustellen.
- Nicht alles kann Südtirol (trotz Autonomie) selbst regeln. Vieles hängt von den von Italien und der EU gesetzten Rahmenbedingungen ab.

Schafft es Südtirol, bis 2040 klimaneutral zu werden?

Ja, das sagen 62% der vom AFI im Frühjahr 2025 befragten Arbeitnehmer:innen. Bei den Jüngeren teilt nur die Hälfte diesen Optimismus. „Die jüngeren Südtiroler sind besser informiert bei Klimathemen und wissen genauer darüber Bescheid, welche Konsequenzen die Klimaneutralität auf den Konsum und die Lebensweise hat,“ so Stefan Perini, AFI-Direktor.

Die Bereitschaft zum Umstieg auf Bahn und Bus ist hoch, hängt aber vom Angebot ab, sagen zwei Drittel der Arbeitnehmenden. Die Hälfte der Betroffenen kann den Arbeitsplatz zurzeit nicht mit dem ÖPNV erreichen, weil dies zu lange dauern würde. 64% würden auf E-Autos umsteigen, wenn die Anschaffungskosten und die Ladeinfrastruktur verbessert würden. Entscheidend bleibt der Preis fossiler Energie: 41% würden ihr Mobilitätsverhalten erst ändern, wenn die Benzinkosten verdoppelt würden.

Werden wir also bis 2040 klimaneutral?

- Nein, realistischerweise nicht zu schaffen, weil Südtirol beim Klimaschutz bis heute (2026) noch nicht richtig ernst gemacht hat.
- Nein, weil auch bei null territorialen CO₂-Emissionen ein hoher Sockel an indirekten, importbedingten Emissionen verbleibt. Eine reiche Region kann es sich leisten, viele Güter zu importieren, viel zu bauen, Dienste im Ausland in Anspruch zu nehmen.
- Die Bevölkerung muss auch die Vorteile der Energiewende besser erkennen und schätzen: mehr Eigenständigkeit und kein Abfluss an Mitteln an Öl- und Gasstaaten einschließlich der USA. Mehr stabile, umweltfreundliche Energieversorgung bedeutet auch mehr Sicherheit.
- Arbeitnehmende und Geringverdienende müssen Klimagerechtigkeit anmahnen, um den fairen und sozial gerechten Übergang zu einer klimaneutralen und sozial gerechteren Gesellschaft im Blick behalten.
- Die Gewerkschaften und Sozialverbände sollten sich stärker und aktiv in die Debatte um den Klimaschutz einbringen. Klimaschutz auch aus Arbeitnehmersicht notwendig und wichtig.
- Prüfstein: Verabschiedung eines guten Landesklimagesetzes bis Ende 2027.

8. Muss Südtirol wachsen?

Braucht Südtirol permanentes Wirtschaftswachstum oder kann es auch anders wachsen, nach innen oder zumindest ohne steigenden Energie- und Ressourcenverbrauch? Andernfalls wird die für 2040 angestrebte Klimaneutralität nicht zu bewerkstelligen sein, auch nicht von den so tüchtigen Südtirolern. Die Treibhausgasemissionen sollten schon seit 2011 zügig sinken, tun sie nicht. Wenn der Zielpfad zur Klimaneutralität eingehalten werden soll, müssten sie bis 2030 halbiert werden.

Doch beim heutigen Tempo wird Südtirol erst in 100 Jahren klimaneutral. In der Wirtschaftswissenschaft setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch unter heutigen Bedingungen nicht möglich ist. Im Gegenteil: allein schon der Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft zur Null-Emissionen-Gesellschaft ist trotz aller Effizienzfortschritte sehr ressourcenintensiv. Die Vorstellung, den Klimawandel nur mit Technologie und grüner Energie zu bewältigen, könnte sich als trügerisch erweisen. „Alles elektrisch, alles wird gut“ – ein Trugschluss, beginnend beim Verkehr, der in Südtirol allein schon 44% der CO₂-Emissionen verursacht.

Natürlich hat der Wandel schon eingesetzt. Südtirols Forschungsinstitute und Unternehmen nehmen an diesen Innovationsprozessen sehr engagiert teil, sind manchmal führend. Immer mehr wird investiert in erneuerbare Energie, Vernetzung, Automatisierung, Robotik, KI-gestützte Entwicklung und Produktion mit weniger Energieintensität. Viele Haushalte investieren in die Umrüstung ihrer Heizanlage auf erneuerbare Energie und nutzen immer mehr den ÖPNV und das Fahrrad.

Und doch reicht das nicht für Nachhaltigkeit im tieferen Sinn. Zur abgedroschenen Worthülse „Nachhaltigkeit“ muss sich für die gesellschaftliche Entwicklung „Suffizienz“ gesellen, als Leitmotiv einer Zeit nach dem fossil befeuerten, quantitativen Wirtschaftswachstum. Wachstum nach menschlichem Maß und nach Vorgaben der Natur: jeder Baum erreicht irgendwann seine Optimalgröße, bleibt schön und fruchtbar, muss in der Masse nicht mehr weiterwachsen.

Auch Südtirol muss nicht im Volumen weiter wachsen. Die nach monetärem BIP pro Kopf wohlhabendste Region Italiens kann sich auf andere Leitwerte besinnen, kann vielfältig wachsen ohne immer mehr Energie, Rohstoffe, Baumaterial, Wald, fruchtbare Böden und Landschaft zu verbrauchen. Klimaneutralität geht zusammen mit sozialer Gerechtigkeit. Südtirol hat genug für alle, wenn es bloß gelänge, den materiellen Wohlstand gerechter zu verteilen. Eine ökologische und regionale Kreislaufwirtschaft im Sinne von Suffizienz kann alles bieten, was ein gelungenes Leben ausmacht: Anregung, Abwechslung, Erkenntnis, Bildung, Austausch, Anerkennung, Zeitwohlstand, Genuss, Gemeinschaft, Kultur, Spiel und Sport, aber auch soziale Sicherheit, ein hochwertiges Gesundheitssystem, Mobilität, Pflege, sinnvolle Arbeit, lauter Bereiche, wo es heißen könnte: „Do gang nou viel.“

Aus: Thomas Benedikter (2024), *Do geiht nou a bissl. Klimaschutz auf Südtirolerisch*. arcaedizioni, Lavis. Frei herunterzuladen von: www.politis.it

Literaturempfehlungen

a. "Pflichtlektüre"

Timothée Parrique (2026), *Wachstum bremsen oder untergehen. Wie wir mit Degrowth die Welt retten*. Fischer Verlag

Jens Beckert (2024), *Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht*, BpB Bonn

Peter Hennicke/Benjamin Best/Anka Bierwirt/Dieter Seifried (2025), *KlimaGerecht. Warum wir ökologische und soziale Fragen konsequent verbinden müssen*. OEKOM Verlag

Thomas Benedikter (2026), *Equità sociale nei limiti del pianeta. La giustizia climatica tradotta in 10 proposte concrete*. Etabeta

Hans Holzinger (2024), *Wirtschaftswende: Transformationsansätze und neue ökonomische Konzepte im Vergleich*, OEKOM

Thomas Brudermann (2023), *Die Kunst der Ausrede*, OEKOM

Niko Paech (2013), *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg zur Postwachstumsökonomie*, OEKOM

Tim Jackson (2025), *Ökonomie der Fürsorge. Warum wir Wohlstand, Gesundheit und Arbeit neu denken müssen*, OEKOM

b. Ergänzende Sachbücher zu den Seminarthemen

ATTAC, Armutskonferenz, Beigewum (Hrsg. 2021), *Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten*, bahoe books, Wien

Benedikter, Thomas (Hg., 2022), *Klimaland Südtirol? Regionale Wege zu konsequentem Klimaschutz*. arcaedizioni, (frei heruntergeladen von www.politis.it)

Brand Ulrich/Wissen Markus (2017), *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. OEKOM

Gentinetta Katja contra Niko Paech (2022), *Wachstum. Streitfrage*. Westend Verlag

Herrmann, Ulrike (2022), *Das Ende des Kapitalismus: Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind - und wie wir in Zukunft leben werden*, Kiepenheuer&Witsch

ILA Kollektiv (2019), *Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert*. OEKOM

Kallis Giorgios/Susan Paulson/Giacomo D'Alisa/Federico Demaria (2022), *Che cos'è la decrescita oggi?*, Edizioni ambiente

König, Elias (2021), *Klimagerechtigkeit. Warum wir eine sozial-ökologische Revolution brauchen*, Unrast Verlag

Mau Stefan/Nadine Schöneck (Hrsg.) (2016), *(Un)gerechte (Un)Gleichheiten*, BpB, Bonn

Parrique Timothée et. al. (2019), *Decoupling Debunked*, European Environmental Bureau

Piketty Thomas/Michael J. Sandel (2025), *Die Kämpfe der Zukunft. Gleichheit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert*, BpB Bonn

Schmelzer, Matthias/Andrea Vetter (2019), *Degrowth/Postwachstum. Zur Einführung*. Junius

Staab Philipp (2026), *Systemkrise. Legitimationsprobleme im grünen Kapitalismus*, BpB

c. Weitere hilfreiche Titel

- Andersen Svend (2021), *Der Weg aus der Klimakrise*. Quadriga
- Benedikter, Thomas (2023), *Do geiht nou a bissl. Klimaschutz auf Südtirolerisch, arcaedizioni*. (frei heruntergeladen von www.politis.it)
- Edenhofer O./Jakob, Michael (2017), *Klimapolitik. Ziele, Konflikte, Lösungen*. Bundeszentrale für politische Bildung Bonn
- Felber, Christian (2018): *Die Gemeinwohlökonomie*, Piper Verlag
- Goldin, Ian/Muggah Robert (2021), *Atlas der Zukunft*, Dumont.
- Gonstalla, Esther (2019), *Das Klimabuch. Alles, was man wissen muss, in 50 Grafiken*. OEKOM
- Hentschel, Karl-Martin (2020), *Handbuch Klimaschutz. Wie Deutschland das 1,5° Ziel einhalten kann*. OEKOM
- Hickel, Jason (2020), *Less is more. How Degrowth will save the World*.
- ILA Kollektiv (2020), *Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise*, OEKOM
- Jackson, Tim (2009), *Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet*. Earthscan
- Kemfert, Claudia (2020), *Mondays for Future*. Murmann
- Latif, Mojib (2020), *Heißzeit. Mit Vollgas in die Klimakatastrophe und wie auf die Bremse treten können*. Bundeszentrale für politische Bildung Bonn
- Lessenich, Stephan (2016), *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierung und ihr Preis*. Bundeszentrale für politische Bildung Bonn.
- Mehr Demokratie e.V. (2021), *Klimawende von unten. Wie wir durch direkte Demokratie die Klimapolitik in die Hand nehmen*.
- Previsic, Boris (2020), *CO₂: Fünf nach Zwölf. Wie wir den Klimakollaps verhindern können*. Mandelbaum Verlag.
- Ronchi, Edo (2021), *Le sfide della transizione ecologica*. PIEMME
- Zahrnt, Angelika/Seidl Irmi (2010), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Metropolis
- Zeller, Christian (2020), *Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen*, OEKOM 2020

d) Lesenswerte Belletristik zum Thema

- John Ironmonger (2020), *Der Wal und das Ende der Welt*, Fischer TB
- John Ironmonger (2023), *Das Jahr des Dugong. Eine Geschichte unserer Zeit*, Fischer TB
- Maja Lunde (2017), *Die Geschichte der Bienen*, btb
- Maja Lunde (2018), *Die Geschichte des Wassers*, btb
- Maja Lunde (2023), *Der Traum von einem Baum*, btb